



# Kampfmittel Streik

## Zu seiner Geschichte, Theorie und Praxis

HANS HAUTMANN

**A**lte Wahrheiten in Erinnerung zu rufen ist immer nützlich, zumal in einer Zeit, da in der österreichischen Öffentlichkeit Ursachendeutungen wie Genesungsrezepturen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise ein bejammernswertes Bild der Oberflächlichkeit bieten.

Beginnen wir daher mit zwei Feststellungen zweier großer Denker, die, wären sie falsch, die bisherigen 200 Jahre des Bestehens der ökonomischen Gesellschaftsformation des Kapitalismus auf ein bloßes Phantom reduzieren würden. Hunderte Millionen arbeitender Menschen in der ganzen Welt, die in dieser Geschichtsperiode lebten, haben aber mit ihr sehr wohl reale Erfahrungen gemacht und konnten sich dabei nicht irren. Geäußert hat sich das – man glaubt es heute kaum mehr im Land der Berge und am Strome – in ihren Klassenkämpfen, darunter zahllosen Streikaktionen.

Im Jahr 1817 ist David Ricardo, der Vollender der klassischen bürgerlichen Politökonomie, zu dem Schluss gekommen, dass das Wertgesetz auch die Aufteilung des durch die Arbeit hervorgebrachten Wertes regelt, indem der Arbeiter einen Lohn erhält, der dem „Wert der Arbeit“ (d.h. dem Arbeitsaufwand für die Herstellung seiner Subsistenzmittel) entspricht, während der diesen Anteil übersteigende Rest des (Neu-) Wertes dem Kapitalisten als Profit zufließt.

Ricardo war somit schon völlig klar, dass die Arbeit des Lohnarbeiters die Ursache des Kapitalprofits darstellt und dass der Profit nur wachsen kann, wenn innerhalb der durch den Arbeitswert gezogenen Grenze eine Umverteilung auf Kosten des Lohnes stattfindet.

Diese Erkenntnis Ricardos war und ist von entscheidender Bedeutung. Denn durch sie erfährt der soziale Konflikt zwischen Kapitalist und Arbeiter eine *objektive* Fundierung; er gehört unvermeidlich zum Grundbestand des Kapitalismus und macht dessen innere Natur aus. Auch noch so viele verbale Streicheleinheiten wie die, dass die Lohnabhängigen sich

längst in „Mitarbeiter“ verwandelt hätten, die gemeinsam mit dem Unternehmer alle im „Teamwork“ an einem „gleichen Strang“ ziehen, um der schönen Maxime „Geht's der Wirtschaft gut, geht's uns allen gut“ Rechnung zu tragen, können und werden nichts daran ändern. Die jetzige Krise, in der die soziale Unsicherheit der arbeitenden Menschen noch krasser als sonst zum Ausdruck kommt und in der von den Kapitalisten alles daran gesetzt wird, die Löhne herabzudrücken, bietet immerhin die Chance, dass in den Köpfen der Betroffenen ein Prozess des Hinterfragens derartiger manipulativer Schlagworte in Gang kommt.

Karl Marx hat die Ehrlichkeit Ricardos und die methodologische Konsequenz, mit der er zu wesentlichen Erkenntnissen über die kapitalistischen Produktions- und Verhältnisse gelangte, hoch geschätzt. Er sah aber, dass bei Ricardo, wie bei allen bürgerlichen Ökonomen, eine Frage unbeantwortet blieb: Wie lässt sich mit Hilfe der Arbeitswerttheorie widerspruchsfrei erklären, dass der „Wert der Arbeit“, den der Arbeiter in der Produktion herstellt, größer ist als jener, den er in Gestalt des Lohnes erhält? Bekanntlich konnte erst Marx dieses Problem lösen, indem er die falsche Position eines nichtexistenten „Wertes der Ware Arbeit“ verließ und die Kategorie der Ware *Arbeitskraft* entdeckte. Dies setzte ihn in die Lage, eine mit dem Wertgesetz konforme Mehrwerttheorie zu entwickeln, mit der er das Geheimnis der kapitalistischen Ausbeutung entschleierte und das Verhältnis zwischen Lohnarbeit und Kapital bloßlegte.

Mit der Entdeckung, dass der Arbeiter seine Arbeitskraft verkauft, die der Kapitalist kauft und verwertet, und dass diese Arbeitskraft einen größeren Wert erzeugt, als sie selbst wert ist, traf Marx eine Aussage von größter Tragweite. Denn der Arbeitslohn ist im Kapitalismus nur dem *Schein* nach der Preis der Arbeit, und es sieht nur so aus, als bekomme der Arbeiter beim Verkauf seiner Arbeit sei-

ne ganze Arbeit bezahlt. In Wirklichkeit liegt der Arbeitslohn immer unter dem Gesamtwert des durch die Lohnarbeit hergestellten Erzeugnisses.

Die Ausbeutung ist also im Kapitalismus – ganz im Unterschied zur Sklavenhalter- und Feudalordnung, wo diese offen zutage trat – *verdeckt*, was zweifellos eine seiner Stärken, weil Illusionen über sein Wesen Vorschub leistend, ausmacht.

Es ist aber die in der Mehrarbeitszeit des Arbeitstages entstehende Mehrwerterschöpfung, derentwegen der Kapitalist eine Produktion im Grunde betreibt. „Er will nicht nur den Gebrauchswert produzieren, sondern eine Ware, nicht nur Gebrauchswert, sondern Wert, und nicht nur Wert, sondern auch Mehrwert.“<sup>1</sup>

Die zwei Hauptachsen, um die sich die Auseinandersetzung zwischen Unternehmern und Arbeitenden in der kapitalistischen Produktion beständig dreht, sind also das Verteilungsverhältnis zwischen Profit und Lohn sowie die Jagd nach der Erhöhung der Mehrwertrate und -masse.

### Formen des Widerstandes

Um sich gegen die Ausbeutung zu wehren, stand den beherrschten Klassen in der ganzen bisherigen Geschichte (und steht auch heute und in Zukunft) nur *ein* wirklich wirksames Mittel zur Verfügung: der Kampf der Massen. Eine der Formen dieses Kampfes ist der Streik, ein Wort, das aus dem Englischen kommt. Dort bedeutet „to strike“, „go on strike“, „be on strike“ so viel wie: die Arbeit verlassen, sie niederlegen. Dieser Begriff fand in den 1860er Jahren Eingang in den deutschen Sprachgebrauch – als „Streik“ und „streiken“. Bis dahin waren dafür im Deutschen Termini wie „Ausstand“, „Feiern“ und „Arbeitsniederlegung“ gebräuchlich.

Betrachtet man die Vergangenheit der Widerstandsformen vor der Entstehung der modernen Arbeiterbewegung, stellt sich die Frage, wie es in der Antike, im Mittelalter und in der Neuzeit bis zum 18./19. Jahrhundert damit aussah. Gab es

Streiks der Sklaven im alten Athen und im alten Rom?

Überliefert ist uns nichts dergleichen, überliefert sind uns Sklavenaufstände wie der des Spartacus, die klarerweise auch die Einstellung der Arbeit beinhalteten. Von Streiks der Sklaven, um Verbesserungen der Arbeitsbedingungen zu erreichen, ist hingegen nichts bekannt, und es ist auch unwahrscheinlich, dass es solche gab. Ein Streik bedarf eines Mindestmaßes an Organisation und Absprache, Voraussetzungen, die bei den Sklaven der Antike fehlten. Ihre Arbeit beruhte auf außerökonomischem Zwang, sie wurden in den Bergwerken und auf den Latifundien wie Arbeitstiere behandelt und von Aufsehern scharf überwacht. Die Hauptmethode der Sklaven, sich gegen die unmenschlichen Ausbeutung zu wehren, bestand darin, in dem

Moment mit der Arbeit sofort aufzuhören, sobald der Wächter woanders hinschaute oder sich entfernte.

Ähnliches gilt für die Bauern der Feudalzeit. Auch sie haben oft rebelliert und regelrechte Kriege gegen die Feudalherren geführt, dabei die Abgaben und Frondienste verweigert, der Streik als solcher fehlte aber im Repertoire ihrer Kämpfe.

Anders sah es bei den Handwerksgelesen in den Städten des europäischen Mittelalters aus. Sie schufen in der Blütezeit der Zünfte bereits Organisationen und kämpften für höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit, bessere Lebensverhältnisse, benützten also den Streik als Waffe, und das äußerst wirksam und mit bemerkenswerten Erfolgen. Eines der Ergebnisse dieser Kämpfe war der so genannte „blaue Montag“. Für die Handwerksgelesen, die werktags von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang oder noch länger arbeiteten und sonntags zur Kirche gehen oder an Prozessionen teilnehmen mussten, galt es, einige freie Stunden zu gewinnen, in denen sie ihre persönlichen Angelegenheiten erledigen und sich in den Gesellenherbergen versammeln konnten. Dafür haben sie gestreikt und allen Verboten zum Trotz zunächst den halben Montag und nicht selten sogar den ganzen erkämpft, ihn wieder verloren, erneut erzwungen, usw. Der „blaue Montag“ war nichts anderes als eine kollektive Arbeitseinstellung, gegen die am Ende der Feudalperiode, im 18. Jahrhundert, von den Herrschenden mit immer schärferen Methoden vorgegangen wurde: Androhung von Zuchthausstrafen, ja sogar – in der deutschen Reichszunftordnung – mit dem Tode.

Mit der Entstehung des Fabrikproletariats in der industriellen Revolution bildete sich eine neue Form des Kampfes gegen die Ausbeutung heraus: die Maschinenstürme. Das erste Gesetz gegen die Zertrümmerung von Maschinen und Zerstörung von Fabrikgebäuden wurde in England im Jahr 1769 erlassen. Es bewertete derartige Handlungen als todeswürdiges Verbrechen.

Ungeachtet der drakonischen Strafanandrohung wuchs die Zahl der Maschinenstürmer in Mittel- und Nordengland weiter an. In Nottingham soll ein gewisser Ned Ludd einen Strumpfwirkerstuhl zerstört haben. Seine Tat fand Nachahmung in Lancashire, und die Maschinenstürmer bekamen nach und nach die Bezeichnung „Ludditen“.

In den Jahren 1811 und 1812 wurde der Luddismus zu einer Massenerscheinung. Erneut verabschiedete die britische

Regierung im Interesse der danach vehement drängenden Industriebourgeoisie ein Gesetz, das derartige Handlungen mit dem Tode bestrafte. Die ersten Todesurteile gegen Ludditen fällte ein Gericht in York. Am 13. Jänner 1813 bestiegen dort drei Arbeiter, darunter der Ludditenführer George Mellor, das Schafott. Sie bewahrten bis zuletzt eine mutige Haltung. Drei Tage später folgten ihnen fünfzehn weitere Arbeiter: sieben wurden vormittags, acht nachmittags hingerichtet.

Die Maschinenstürme waren ein internationales Phänomen, das alle Länder erfasste, in denen die industrielle Revolution über die Bühne ging. Beispiele waren in Deutschland der schlesische Weberaufstand 1844 und in Österreich die schweren Unruhen in den böhmischen Kattunfabriken 1844 und 1846.

Der Luddismus ist von Historikern sehr oft als „wildes“ und „sinnloses“ Aufbäumen gegen die „wirtschaftliche Realität“, als blinde Reaktion des Proletariats auf den Druck des Elends charakterisiert worden.

Man muss aber das Phänomen der Maschinenstürme differenziert betrachten. Die Zerstörung richtete sich nämlich nicht nur gegen Maschinen, sondern ebenso gegen Rohmaterialien, Fertigwaren und selbst gegen das Privateigentum der Fabrikherren, je nachdem, welche Art der Zerstörung diese am meisten traf. 1802 brannten Schafscherer in Wiltshire während dreimonatiger Unruhen Heuschober, Scheunen und Hundehütten unbeliebter Kleiderfabrikanten nieder, fällten deren Bäume und zerstörten Tuchballen; auch die Mühlen der Fabrikanten griffen sie an und zerstörten sie.

In keinem dieser Fälle war eine feindselige Einstellung gegen Maschinen als *solche* vorhanden. Ihre Zerstörung war in erster Linie ein Kampfmittel, um einerseits Druck auf die Unternehmer auszuüben und um andererseits die Solidarität der Arbeiter untereinander zu sichern. Denn in der damaligen frühen Kampfperiode war unter schlecht bezahlten Männern und Frauen, die über keine Streikkasse verfügten, die Gefahr stets gegenwärtig, dass Streikbrecher auftraten. Das Zerstören der Maschinen war eine der Methoden, dieser Schwäche entgegenzuwirken, nicht nur, um die Unternehmer einzuschüchtern, sondern auch, um Streikbruch unmöglich zu machen und die Arbeiter zusammenzuschweißen.

Im Grunde genommen war der Luddismus ein Widerstand gegen Maschinen *in der Hand des Kapitalisten*. Die Maschinenstürmer in Lancashire in den Jahren

www.marxistische-blaetter.de



**Einzelheft:**  
112 Seiten, 8,50 €  
Jahresabo: 45,00 €  
Ermäßig: 30,00 €

Ältere Hefte  
schicken wir  
gerne auch  
kostenlos zu

## 60 Jahre NATO – Es reicht!

60 Jahre NATO – Es reicht! **Peter Strutynski**  
Der Aufstieg: Deutschland und die NATO  
**Arno Neuber** | NATO und Kolonialismus  
**Ernst Woit** | Die Welt in der Krise  
**Klaus Wagener** | Das Krebsgeschwür NATO und die Antwort der Menschheit  
**Emile Schepers/USA** | Zur Geschichte und Funktion des NATO-Russland-Rats  
**Willi Gerns**  
Sechzig Jahre NATO sind sechzig Jahre zuviel  
**Toon Nagtegaal/NL** | Die sogenannte Münchner Sicherheitskonferenz – Alter Hut auf neuen Köpfen  
**Walter Listl**  
Auf der empirischen Suche nach der Arbeiterklasse in der BRD – Vorläufige Ergebnisse  
**Jörg Miehe** | Arbeiterklasse/arbeitende Klasse in Deutschland Überlegungen zur Marxschen Klassentheorie nach 160 Jahren Manifest  
**Ekkehard Lieberam**

Bestellung bei Neue Impulse Versand  
Hoffnungstr. 18 | 45127 Essen  
Tel.: 0201-24 86 48 2 | Fax: 0201-24 86 48 4  
E-Mail: Neuimpulse@aol.com



NEUE IMPULSE VERLAG



Jännerstreik 1918: vor dem Wiener Neustädter Rathaus.

1778 bis 1780 unterschieden deutlich zwischen Feinspinnmaschinen mit 24 Spindeln oder weniger, die sie *verschonten*, und größeren Maschinen, die sich ausschließlich für den Einsatz in Fabriken eigneten und die sie *zerstörten*. Diese Proletarier waren noch weit davon entfernt, die Eigenart des kapitalistischen Wirtschaftssystems zu verstehen, gegen das sie sich auflehnten. Dennoch steht fest, dass ihr Kampf nicht einfach gegen den technischen Fortschritt an sich ging.

### Definitionen

Um die Mitte des 19. Jahrhunderts wurde dann der Streik endgültig zur Hauptform des Klassenkampfes von unten.

Streik lässt sich definieren als die gemeinsam und planmäßig durchgeführte Arbeitseinstellung einer (meist größeren) Anzahl von Arbeiterinnen und Arbeitern eines Betriebes, Berufs- oder Wirtschaftszweiges zur Erreichung eines Kampfzieles, wobei (in aller Regel) der Wille zur Fortsetzung der Arbeit nach Erreichung des Kampfzieles vorhanden ist.

Streik bedeutet die organisierte – und zwar zumeist von den Gewerkschaften organisierte – Niederlegung der Arbeit, um höhere Löhne oder bessere Arbeitsbedingungen zu erzielen oder um einen Angriff der Unternehmer auf die bestehenden Rechte bzw. das Lohnniveau zu vereiteln. Man unterscheidet demnach Angriffsstreiks und Abwehrstreiks.

Wenn die Arbeitsniederlegung mehrere Branchen in einem größeren territorialen Zusammenhang erfasst oder sie sich auf politische Veränderungen bezieht, spricht man von Generalstreik oder Massenstreik.

Streik ist also eine Form des Klassenkampfes gegen die kapitalistische Ausbeutung, bei der die Lohnabhängigen die Arbeit für den kapitalistischen Unternehmer verweigern, mit dem Ziel, ökonomische, soziale und politische Forderungen durchzusetzen.

Die Grundform des Streiks ist die völlige Arbeitsniederlegung im Betrieb. Die

Arbeit wird erst nach Aufforderung der Streikleitung, die den Kampf für beendet erklärt, wieder aufgenommen.

Der Zielstellung entsprechend gibt es ökonomische und politische Streiks, wobei letztere zumeist mit ökonomischen Forderungen verbunden sind. Ausgesprochen politischen Charakter haben Warn-, Protest-,

Solidaritäts-, Sympathie- und Demonstrationsstreiks.

In der Art und Weise der Durchführung unterscheidet man Kurzstreiks, Teilstreiks, Schwerpunktstreiks, Vollstreiks, Sitzstreiks, Bummelstreiks sowie General- und Massenstreiks.

Weiters unterscheidet man „wilde“ und spontane Streiks von planvollen und gewerkschaftlich organisierten Arbeitskämpfen sowie unbezahlte Streiks mit spontanen Hilfsaktionen von bezahlten Streiks mit geregelten eigenen Unterstützungskassen.

### Streiktheorien: Marx, Engels, Lassalle

Für Marx und Engels tritt die Arbeiterbewegung als gesellschaftsverändernde Kraft erst durch den Streik und im Streik in ihrer konkreten Gestalt auf; er ist die Vorbereitung der künftigen großen Kämpfe mit dem kapitalistischen System und hat als Schule dieses Kampfes eine nicht zu ersetzende Wirkung. Streik war für Marx und Engels tendenziell immer eine Auflehnung gegen die kapitalistischen Verhältnisse und damit auch ein Akt der Befreiung von ihnen. Im „Manifest der Kommunistischen Partei“ schrieben sie:

„Sie (die Arbeiter, H.H.) stiften selbst dauernde Assoziationen, um sich für die gelegentlichen Empörungen zu verproviantieren. Stellenweise bricht der Kampf in Emeuten aus. Von Zeit zu Zeit siegen die Arbeiter, aber nur vorübergehend. Das eigentliche Resultat ihrer Kämpfe ist nicht der unmittelbare Erfolg, sondern die immer weiter um sich greifende Vereinigung der Arbeiter.“<sup>2</sup>

Zugleich warnten Marx und Engels vor der Illusion, mit Kämpfen zur Durchsetzung von Lohnforderungen oder Verbesserung der Arbeitsbedingungen an den grundlegenden Klassenverhältnissen auch nur irgendetwas ändern zu können. Marx sagte dazu in seinem Vortrag „Lohn, Preis und Profit“ vor dem Generalkongress der I. Internationale im Jahr 1865:

„Gewerkschaften tun gute Dienste als Sammelpunkt des Widerstandes gegen die Gewalttaten des Kapitals. Sie verfehlen ihren Zweck zum Teil, sobald sie von ihrer Macht einen unsachgemäßen Gebrauch machen. Sie verfehlen ihren Zweck gänzlich, sobald sie sich darauf beschränken, einen Kleinkrieg gegen die Wirkungen des herrschenden Systems zu führen, statt gleichzeitig zu versuchen, es zu ändern, statt ihre organisierten Kräfte zu gebrauchen als einen Hebel zur schließlichen Befreiung der Arbeiterklasse, d.h. zur endgültigen Abschaffung des Lohnsystems.“<sup>3</sup>

Ganz anders sah die Problematik der Zeitgenosse von Marx und Engels, Ferdinand Lassalle. Er war Verfechter der falschen Theorie vom „ehernen Lohngesetz“ im Kapitalismus, wonach die Erhöhung der Löhne niemals über das Existenzminimum hinausgehen könne. Er hielt deshalb die Bildung von Gewerkschaften für sinnlos, schätzte die Bedeutung des Streiks als äußerst gering ein und propagierte demgegenüber die so genannte „Staatshilfe“ zur Verbesserung der Lage der Arbeiter, in erster Linie auf dem Weg über die Gewährung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts.

### Streiktheorien: Anarchosyndikalismus

Wieder völlig konträr betrachtete den Streik ein weiterer Zeitgenosse von Marx und Engels, der Anarchist Bakunin. Aus seinen und den Auffassungen Proudhons entwickelte sich eine wichtige, zeitweilig in Frankreich und Italien beträchtlichen Einfluss ausübende Streiktheorie, die des Anarchosyndikalismus. Sie war getragen vom Glauben an die Spontaneität der Massen, und der Streik – vor allem die Idee des Generalstreiks – gewann in ihr eine Gestalt von fast schon mystischer Bedeutung.

Einen Generalstreik zu initiieren war für den Anarchosyndikalismus gleichbedeutend mit der sozialen Revolution und damit mit dem zentralen Punkt seiner Anschauung, der Abschaffung des Staates. Der Generalstreik, die Vorstellung, dass an einem bestimmten Tag überall die Arbeit eingestellt wird, ein allgemeiner, lückenloser, totaler Ausstand möglich ist, wird bei ihm in den Rang einer absoluten Kategorie und eines Dogmas erhoben. Der Kampf um Reformen und eine parlamentarische Tätigkeit wird abgelehnt; stattdessen wird die „direkte Aktion“ gefordert, die jeden Proletarier zum unmittelbaren Kampf gegen Unternehmer und Staat (durch passive Resi-

stanz, Boykott, Sabotage, große Straßendemonstrationen und schließlich Generalstreik) heranziehen sollte. Weiters forderte der Anarchosyndikalismus die völlige Autonomie der Berufsorganisationen gegenüber der politischen Partei als einem, wie er sagte, „autoritären Gebilde“, und die Gewerkschaft war für ihn die Urzelle der neuen Wirtschaftsgemeinschaft nach der Beseitigung des Staates. Besonders extrem wurde der Syndikalismus bis 1914 von der französischen Gewerkschaft *Confédération Générale du Travail* (CGT) vertreten.

Der Syndikalismus war eine Strömung, die mit ihrer Verabsolutierung der „direkten Aktion“ und der zum Fetisch erhobenen Vorstellung vom Generalstreik als identisch mit dem Sturz des Kapitalismus und der sozialen Umwälzung den praktischen Aufgaben gewerkschaftlicher Organisation wenig bis nicht entsprach und von der Grundposition her die Notwendigkeit täglicher zäher Kleinarbeit und der Erziehung der Masse der noch klassenunbewussten Proletarier gering schätzen musste. Dennoch hat er für die Streikdiskussion seit den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts einen wichtigen Denkanstoß gegeben und dazu beigetragen, dass hier die Positionen von rechten und linken Kräften in der marxistischen Arbeiterbewegung in den Jahren vor dem 1. Weltkrieg aufeinander prallten und im Rahmen dieser Auseinandersetzung Klärung fanden.

### Die Massenstreikdebatte

Gemeint ist damit die Massenstreikdebatte, die besonders heftig in der größten Partei der II. Internationale, der deutschen Sozialdemokratie, entflammte. Ausgelöst wurde sie durch Ereignisse in Belgien in den 1890er Jahren und dann durch die russische Revolution von 1905.

In Belgien hatten in den Jahren 1891 bis 1893 Massenstreiks stattgefunden, deren Ziel eine Änderung der Verfassung war, nämlich die Einführung des allgemeinen Wahlrechts. Diese Streiks hatten Erfolg und die Reform wurde Wirklichkeit – nicht ausschließlich durch die Massenbewegung erzwungen, sondern auch als Ergebnis bestimmter taktischer Schachzüge der herrschenden Klasse.

Aber davon abgesehen: Das Entscheidende und Wichtige bei den Ereignissen in Belgien war, dass der Massenstreik *politischen* Charakter hatte, dass man erkannte, dass ein derartiger Streik ein Instrument sein konnte, um politische Veränderungen im kapitalistischen System zu erreichen. Das war eine ganz neue Erfahrung, etwas, das es bis dahin im Arse-

nal der sozialistischen Theorie noch nicht gab. Hier zeigte es sich, dass eine durch die Praxis, durch Streikämpfe politisierte und mobilisierte Arbeiterklasse auf die Theorie einen größeren Einfluss ausüben kann als intellektuelle Erörterungen.

Das Verdienst, hier klare, marxistisch-revolutionäre Positionen erarbeitet zu haben, kommt Rosa Luxemburg zu, niedergelegt in ihrer Schrift „Massenstreik, Partei und Gewerkschaften“ aus dem Jahr 1906.

Die rechten reformistischen Kräfte in der deutschen Sozialdemokratie, vor allem die Gewerkschaftsbürokratie, lehnten das Instrument des politischen Massenstreiks mit folgenden Argumenten ab:

1) Generalstreik ist nichts anderes als eine dem Anarchosyndikalismus entlehnte Forderung, ein „Generalunsinn“. Damit benutzten sie die in der deutschen Arbeiterbewegung herrschende Ablehnung des Anarchismus dazu, um eine seit dem Beginn der Ära des Imperialismus durchaus richtige Kampfweise zu diffamieren.

2) Der Massenstreik mag eine für russische Zustände angemessene Methode sein, in Deutschland, wo die soziale Lage der Arbeiter ungleich besser sei, benötige man solche radikalen Mittel nicht.

3) Ein Massenstreik könne nur dann unternommen werden, wenn die Gewerkschaftskassen voll genug seien, um allen Streikenden bzw. Ausgesperrten eine ausreichende Unterstützung zu gewähren. Da das nie der Fall sein kann, bedeutete das de facto die Ablehnung.

4) Die Zahl der organisierten Arbeiter sei noch zu klein; es müssten so gut wie alle Arbeiter in Arbeiterorganisationen präsent sein, um einen Massenstreik mit Aussicht auf Erfolg durchführen zu können. Da auch das nicht der Fall war und auch nie der Fall sein wird, beinhaltete eine solche Haltung die Verschiebung des Instruments des politischen Massenstreiks auf den Sankt-Nimmerleins-Tag.

Demgegenüber hat Rosa Luxemburg an Hand eines reichen Tatsachenmaterials aus der russischen Revolution von 1905 dargelegt, dass die Arbeiter der westeuropäischen Länder aus den Erfahrungen in Russland lernen müssten, wenn sie den Kampf gegen den Imperialismus erfolgreich führen wollen. Sie forderte, dass die Sozialdemokratie in der gegenwärtigen und künftigen Periode stürmischer Klassenkämpfe den Massenstreik nicht nur als Defensivwaffe betrachten, sondern offensiv anwenden solle. Der Massenstreik war für sie ein Mittel, den geistigen Horizont des Proletariats zu erweitern, sein Klassen-

bewusstsein zu schärfen, seine Tatkraft zu heben. Dabei müsse die Parteiführung den Massen bewusst vorangehen, die Aktion organisieren und leiten, die Massen durch solche Kämpfe an die sozialistische Revolution heranführen.

Aus Rosa Luxemburgs Sicht war das nur möglich, wenn man die Verselbständigung der Gewerkschaften gegenüber der Partei beendete, die Gewerkschaften, deren Führung und Bürokratie traditionell rechts orientiert war und auf das Schlagwort der „politischen Neutralität“ pochte, der Partei angliederte – nicht im Sinne einer Auflösung der Gewerkschaften, sondern im Sinne einer dauernden und systematischen Einflussnahme der Partei auf die Gewerkschaftsorganisationen.

### Die Gewerkschaftstheorie

Das leitet zur letzten hier zu behandelnden Theorie über, zur so genannten „Gewerkschaftstheorie“, die damals wie heute die Einstellung der reformistischen Gewerkschaftsführer zum Streik bestimmt. Sie fußt auf der von den Gewerkschaften durchgesetzten Arbeitsteilung zwischen Gewerkschaft und Partei – die einen führen den wirtschaftlichen, die anderen den politischen Kampf –, die es wiederum erlaubte, eine an der unmittelbaren Interessenvertretung im Kapitalismus orientierte Gewerkschaftspolitik theoretisch zu rechtfertigen.

Die Gewerkschaftsbürokratie sieht im Streik und im Lohnkampf vornehmlich und so gut wie ausschließlich ein Instrument *gewerkschaftlicher* Forderungen. Er ist ein allerletztes, im äußersten Notfall anzuwendendes Mittel, und es sei nicht der Zweck von Gewerkschaften, die Arbeiter ohne zwingende Not in einen Streik zu führen. Politische Streiks, Massenstreiks und Generalstreiks werden zum seltenen Einzelfall erklärt, sie kommen nur unter bestimmten Voraussetzungen und als äußerstes Abwehrmittel in Frage, d.h. der politische Streik bekommt eine ausschließlich *defensive* Funktion.

Für die Gewerkschaftsbürokratie ist die parlamentarische Demokratie bereits der Boden, auf dem die politischen Forderungen der Arbeiterbewegung so gut wie ganz erfüllt sind, und damit wird für sie in einer politischen Demokratie der politische Streik überflüssig. Man argumentiert mit den ungeheuren Opfern, die in der Geschichte der Arbeiterbewegung erbracht werden mussten, um eine große Gewerkschaftsorganisation aufzubauen, den Opfern, die jeder Streik kostet, man plädiert für Besonnenheit, für Verhandlungen mit den Unternehmern, um in



Oktoberstreik 1950: Demonstration vor dem Wiener Rathaus am 4. Oktober 1950.

zähler Kleinarbeit die Lage der Arbeiter zu verbessern oder, wie jetzt in Krisenzeiten, die drohende Verschlechterung durch für beide Seiten akzeptable Lohnkompromisse, Auflagen bei der Regelung der Kurzarbeit usw. abzufedern.

Der Streik, und erst recht der Massen- und Generalstreik, birgt für die Gewerkschaftsbürokratie die Gefahr in sich, aus der eingefahrenen Praxis herausgerissen zu werden und Prämissen in Frage zu stellen, auf die sich der gewerkschaftliche Reformismus seit vielen Jahrzehnten stützt. Kurz und gut: der Streik wird von der „Gewerkschaftstheorie“ defensiv bestimmt und ist in der Praxis, besonders krass in Österreich durch die Sozialpartnerschaft, seit über einem halben Jahrhundert gezähmt und von äußerster Seltenheit.

### Streikarten und Streikformen

Die Arbeiterbewegung hat im Laufe ihrer Geschichte eine reiche, mannigfaltige Palette an Streikformen und -inhalten entwickelt, von denen nur die wichtigsten genannt seien.

Die *Grundform* des Streiks ist die völlige Arbeitseinstellung, wobei die ArbeiterInnen die Betriebe verlassen und erst nach Beendigung des Streiks wieder dorthin zurückkehren. Dem Streikbeginn geht (in der Regel, nicht immer) ein Streikbeschluss voraus, meist gestützt auf eine geheime Urabstimmung der Belegschaftsmitglieder. Aus bewährten Gewerkschaftern, Betriebsräten oder sonstigen Vertrauensleuten werden zur Führung des Ausstandes Streikleitungen gewählt. Zur Abwehr des *Streikbruchs* durch Unternehmer oder unternehmerhörige Kräfte organisieren die kämpfenden ArbeiterInnen

Streikposten, die, vor dem bestreikten Betrieb stehend, die Kampfbereitschaft der Streikenden demonstrieren und Streikbrechern den Zutritt verwehren. In Streikbüros werden die Streikenden registriert, und durch Streikkassen erhalten die gewerkschaftlich organisierten, durch Lohnwegfall oder Aussperrung betroffenen Werk tätigen eine Streikunterstützung, die in der Regel nach der Höhe der gezahlten Beiträge und der Dauer der Mitgliedschaft gestaffelt ist.

Neben dem Verlassen der Arbeitsstätte als der Normalform des Streiks gibt es den *Sitzstreik*. Hier bleiben die Arbeiter an ihren Arbeitsplätzen, verweigern aber jegliche Arbeitsleistung.

Eine weitere Streikform ist die *Leistungszurückhaltung* durch Bremsen, sehr oft wirkungsvoll gehandhabt in Betrieben mit Einzel- oder Gruppenakkord, durch „Arbeite langsam-Streiks“, „Bummelstreiks“ und „Arbeit nach Vorschrift-Streiks“. Bei letzteren werden arbeitsgesetzliche Vorschriften oder technische Vorgaben peinlich genau eingehalten und damit ad absurdum geführt.

Bei *Teilstreiks* oder *Schwerpunktstreiks* wird die Arbeit nur in ausgewählten, aber für die Gesamtproduktion besonders wichtigen Abteilungen niedergelegt und damit der Produktionsablauf empfindlich gestört. Der Vorteil gegenüber dem Vollstreik besteht hier darin, dass dadurch die gewerkschaftliche Streikkasse nicht so stark beansprucht wird und dass man gewerkschaftlich gut organisierte Betriebe auswählen kann.

Bei *rollenden Streiks* werden Teilstreiks kombiniert als systematische Verabreichung einzelner Nadelstiche: z.B.

streikt heute für eine Stunde eine Werkhalle, morgen das Konstruktionsbüro, übermorgen die Reparaturpartie, usw. Auch sie haben den Vorteil, dass immer nur bei kleinen Arbeiter- und Angestellten gruppen der Verdienst ausfällt.

Bei *Warnstreiks* wird die Entschlossenheit demonstriert, dass bei Nichterfüllung der angemeldeten Forderungen umfangreichere Aktionen zu erwarten sind. Sie richten sich an das zukünftige Verhalten des Streikadressaten.

*Demonstrationsstreiks* nennt man solche, bei denen die Dauer und Beendigung einer Streikaktion nicht von der Erfüllung einer konkreten Forderung abhängig gemacht wird, z.B. als Ausdruck des Lohnabhängigenprotests bei Preissteigerungen, die eine rapid sinkende Massenkaufkraft nach sich ziehen.

Bei *Proteststreiks* wird im Unterschied zum Warnstreik gegen eine bereits *vollzogene*, in der Vergangenheit liegende Handlung Widerspruch angemeldet und kundgetan, dass im Wiederholungsfall schärfere Maßnahmen ergriffen werden.

Warn-, Demonstrations- und Proteststreiks sind Formen, die sich gegen geplante oder bereits geschene Maßnahmen der Kapitalistenklasse oder ihres Staates richten und bereits Übergangsformen zum politischen Streik darstellen.

Das gilt auch für *Sympathie-* und *Solidaritätsstreiks*. Sie sind Aktionen, mit denen ArbeiterInnen anderer Betriebe, Industriezweige oder Länder ihre Solidarität für im Kampf stehende Werk tätige bezeugen, oder auch für KollegInnen, die von Unternehmern gemaßregelt wurden. Ein Beispiel aus der jüngsten Vergangenheit sind die Aktionen der europäischen

Hafenarbeiter. Ein Beispiel früher sah so aus: Bei einem Streik spanischer Arbeiter im Frühjahr 1970 (noch in der Franco-Ära) in einem Stahlwerk in Sevilla haben die italienischen Eigentümer dieses Betriebs versucht, spanische und italienische Streikbrecher einzusetzen. Die italienischen Gewerkschaften organisierten daraufhin Arbeitsniederlegungen und Belegschaftsversammlungen aus Sympathie und Solidarität für ihre spanischen Kollegen und hatten damit Erfolg.

Eine weitere Form ist der so genannte „verkehrte“ Streik, Fabrikbesetzungen, bei denen die ArbeiterInnen gegen den Willen der Unternehmer die Produktion fortführen, die Produktion selbst leiten, um ihre Arbeitsplätze zu erhalten und um die Nichtigkeit der Gründe für die beabsichtigte Betriebsschließung nachzuweisen.

So genannte „wilde“ Streiks sind vorwiegend spontane Arbeitsniederlegungen, meist als Ausdruck berechtigter Empörung der Streikenden, die ohne Billigung der gewerkschaftlichen Leitungsgremien oder bewusst gegen den Widerstand der Gewerkschaftsführungen durchgeführt werden.

*Politische Streiks, Massen- und Generalstreiks* sind solche, die sich nicht mehr gegen die oder den einzelnen Unternehmer wenden, sondern die gesellschaftliche Ordnung betreffen. Sie sind erstmals in Belgien 1891/1893 und 1905 in Russland konsequent und erfolgreich angewandt worden. In der Habsburgermonarchie gehörten die Aktionen von 1905 und 1906 für die Er kämpfung des allgemeinen Wahlrechts und der Jännerstreik 1918 dazu, in Deutschland der gewaltige Generalstreik gegen die Kapp-Putschisten im März 1920, der diesen Versuch der Beseitigung der Weimarer Demokratie und der Errichtung einer militärfaschistischen Diktatur zum Scheitern brachte.

## Die Aussperrung

Das schärfste Gegenmittel der Unternehmer gegen den Streik ist die *Aussperrung*. Sie richtet sich gleichermaßen gegen Streikende wie Arbeitswillige, gegen Organisierte wie Nichtorganisierte. Sie ist eine Methode der Unternehmer, die in allen kapitalistischen Ländern unter dem Schlagwort der „Waffengleichheit“ rechtliche Billigung findet.

Aussperrung heißt massenhafte Entlassung der ArbeiterInnen durch Ausdehnung des so genannten „Kampfbereichs“. Findet z. B. in bestimmten metallverarbeitenden Betrieben in einer bestimmten Region ein Streik statt, antworten die Unternehmer durch Aussperrung

damit, dass sämtliche metallverarbeitenden Betriebe dieser Region, und oft darüber hinaus, geschlossen werden. 15.000 ArbeiterInnen beginnen den Streik und 150.000 werden daraufhin von den Unternehmen ausgesperrt – mit der Folge des Lohnwegfalls. Außer dem einzelnen Arbeiter ist auch die Gewerkschaft betroffen, die sehr viel mehr Streikunterstützung zahlen muss, die man auf diese Weise finanziell in die Knie zwingen kann und die auch sehr oft dann von der Öffentlichkeit für die Ausweitung des Arbeitskampfes verantwortlich gemacht wird mit dem Hinweis, dass sie es ja gewesen sei, die mit der Ausrufung des Streiks den ersten Schritt gesetzt habe.

Die Aussperrung wurde in den kapitalistischen Ländern der Welt unterschiedlich praktiziert. In einigen gar nicht (z. B. in Österreich), in einigen selten (z. B. in Großbritannien und Belgien), in einigen häufig (z.B. in der Bundesrepublik Deutschland und in den USA). Überall aber werden sie durch Grundsatzurteile der Arbeitsgerichte für zulässig und rechtens erklärt: wenn den Arbeitenden ein Streikrecht zusteht, dann dürfe das nicht einseitig bleiben, und die Erhaltung einer „Kampfparität“ werde erst durch das Recht auf Aussperrung hergestellt. Deshalb sind alle früheren Versuche der Gewerkschaften, die Aussperrung zu verbieten, gescheitert.

## Wer ist der Angreifer?

Gestreikt wurde von den arbeitenden Menschen noch niemals aus Jux und Tollerei. Der Arbeiter sucht seine Ware Arbeitskraft unter möglichst günstigen Bedingungen auf dem Markt zu verkaufen. Dabei befindet er sich dem Unternehmer gegenüber im Zustand struktureller Machtungleichheit, weil dieser über die Produktionsmittel verfügt; er muss um Anteile kämpfen, die das Kapital aufgrund der bestehenden Eigentums- und Rechtsordnung in Händen hat. In Erkenntnis dieser Lage verbindet er sich mit seinen ArbeitskollegInnen, um gemeinsam die gemeinsamen Interessen zu vertreten. Deshalb war in der Vergangenheit die Gründung von Gewerkschaften sehr oft die Folge von Streiks.

Der Vorwurf, den man Streikaktionen macht, nämlich dass sie in frivoler Weise Klassengegensätze aufreißen, verwechselt Ursache und Wirkung. Der Streik ist die Folge der bestehenden Interessensverschiedenheit zwischen Unternehmern und Arbeitenden; er ruft den Klassengegensatz nicht hervor, sondern bringt ihn nur zum Ausdruck.

Gerne wird heute so getan, als ob zwischen Kapital und Arbeit „Waffengleichheit“ herrsche, beide zusammen das notwendige Ganze des Produktionsprozesses bilden und beide Seiten gleich unersetzlich seien. Wäre es so, erhebt sich die Frage, warum das gemeinsame Produktionsergebnis permanent nur der Verfügungsgewalt einer Seite unterliegt.

Bei all dem, was sich seit mindestens zwanzig Jahren in Österreich und in der EU abspielt und angesichts der Art, wie bei uns „öffentliche Meinung“ zustande kommt, kann dabei die Angreiferrolle des Kapitals gar nicht klar genug herausgestrichen werden. Der Kern dieser Bestrebungen ist die *Verhinderung jeder wirksamen Solidarisierung* der Arbeitenden. Die Mittel auf Betriebsebene sind: Friedens-, Treue- und Verschwiegenheitspflicht der Arbeitnehmer sowie ihrer Vertreter, der Betriebsräte, in den Unternehmensgremien; die meisten Formen „freiwilliger“ Sozialleistungen; Aufrechterhaltung unbegründeter Differenzierungen: ungleicher Lohn für gleiche Arbeit, Lohn- und Statusverschiedenheiten; Unterbindung horizontaler Kommunikation bis hin zum Verbot, mit ArbeitskollegInnen über die Höhe ihrer Löhne zu sprechen; solidaritätshemmende Anreiz- und Gratifikationssysteme und anderes mehr. Die Angreiferrolle äußert sich in der jetzigen Krise zusätzlich in noch schärferen Nötigungen zu Lohneinbußen durch Drohung mit Arbeitsplatzverlust, Stellen- und Sozialabbau, Durchlöcherung der Arbeitszeitbestimmungen, Veränderungen der Produktionsmethoden, die die Arbeitenden benachteiligen, und Drohung mit Kapitalflucht und Produktionsverlagerung in so genannte Billiglohnländer.

Ähnlich dem Geleier einer Drehorgel werden von den Unternehmern in ihrer Anti-Streik-Agitation seit 150 Jahren die gleichen, nur wenig abgewandelten Argumente vorgetragen: Immer werden Streiks verantwortungslos und ohne vernünftigen Grund vom Zaun gebrochen, immer droht der wirtschaftliche Ruin, sind Investitionen, Kapitalbildung, Arbeitsplätze und Konkurrenzfähigkeit auf den In- und Auslandsmärkten gefährdet.

Blickt man durch deren Brille, wird das – in Erinnerung an die Feststellungen von Ricardo und Marx – verständlich: Ein Streik im Produktionsbereich unterbricht für eine gewisse Zeit die Mehrwertschöpfung, und die Gebrauchswerte produzierende Arbeit entzieht sich für diese Dauer dem kapitalistischen Verwertungsprozess; ein Streik in der Zirku-

lationssphäre (Warentransport und -verkauf) schiebt für eine gewisse Zeit die für das Kapital ebenso notwendige Mehrwertrealisierung auf. Deshalb sind Streiks in diesen beiden ökonomischen Bereichen stets am wirksamsten.

Eine hundertprozentige Erfolgsgarantie für das Kampfmittel Streik gibt es nicht und hat es nie gegeben, ebenso wenig wie eine hundertprozentige Niederlagengarantie existiert. Nicht jeder Misserfolg ist aber wirklich ein Misserfolg. Zahllose Beispiele aus der Geschichte der Arbeiterbewegung zeigen, dass es Niederlagen gibt, die günstiger sind als eine Kapitulation ohne Kampf.

Immer öfter und dreister werden in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise Ankündigungen der Kapitalmächtigen laut, wonach man, sobald sie überwunden ist, genau das frisch und fröhlich fortsetzen werde, was man vor ihrem Hereinbrechen betrieben hat. Wer jetzt nicht erkennt, dass das Maß dessen, was den arbeitenden Menschen zugemutet wird, voll ist und nicht dementsprechend handelt, wird endgültig jenen Zustand hervorrufen, den Marx unter Verelendung verstand: „Akumulation von Elend, Arbeitsqual, Sklaverei, Unwissenheit, Brutalisierung und moralischer Degradation.“<sup>4</sup>

Wenn also die Arbeitenden in der sozialen Auseinandersetzung ihre Machtmittel einsetzen und sie ihrer Forderung nach menschenwürdigen Arbeits- und Lebensverhältnissen mit Kampfmaßnahmen wie den Streik Nachdruck verleihen, dann kämpfen sie lediglich um die Erlangung und den Erhalt eines den gesellschaftlichen Möglichkeiten einigermaßen entsprechenden Daseins.

#### Anmerkungen:

1/ Karl Marx, Das Kapital. Erster Band, in: Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Berlin, Bd. 23, S. 201.

2/ Karl Marx/Friedrich Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, in: Ebenda, Bd. 4, S. 470.

3/ Karl Marx, Lohn, Preis und Profit, in: Ebenda, Bd. 16, S. 152.

4/ Karl Marx, Das Kapital. Erster Band, in: Ebenda, Bd. 23, S. 675.

#### Kleine Auswahlbibliographie:

Eduard Bernstein, Der Streik – Sein Wesen und sein Wirken, Frankfurt am Main 1906

Kurt Gerlach, Theorie und Praxis des Syndikalismus, Leipzig 1913

Karl Kautsky, Der politische Massenstreik, Berlin 1914

Alexandr Lozovskij, Der Streik als Schlacht. Fünf Vorträge, gehalten an der Internationalen Lenin-Schule zu Moskau, Januar–März 1930,

Berlin 1931 (Neudruck Münster 1972)

Arthur Nikisch, Die privatrechtlichen Wirkungen des sogenannten Streikrechts, Köln 1951

Hermann Grote, Der Streik – Taktik und Strategie, Köln 1952

Werner Niese, Streik und Strafrecht, Tübingen 1954

Ernst Bardey, Streikfibel für Unternehmer, Bremen 1958

Marcel Reding, Über Arbeitskampf und Arbeitsfrieden, Köln–Graz–Wien 1961

Theodor Tomandl, Streik und Aussperrung als Mittel des Arbeitskampfes, Wien 1965

Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Die Septemberstreiks 1969 – Darstellung, Analyse, Dokumente der Streiks in der Stahlindustrie, im Bergbau, in der metallverarbeitenden Industrie und anderen Wirtschaftsbereichen, Frankfurt am Main 1969

Richard Schmid, Streik und Aussperrung, Frankfurt am Main o.J. (Heft 47 der Schriftenreihe der IG Metall)

Antonia Grunenberg (Hrsg.), Die Massenstreikdebatte, Frankfurt am Main 1970

Dieter Schneider (Hrsg.), Zur Theorie und Praxis des Streiks, Frankfurt am Main 1971

Gerhard Botz, Streiks in Österreich 1918 bis 1975. Probleme und Ergebnisse einer quantitati-

ven Analyse, in: Gerhard Botz/Hans Hautmann/Helmut Konrad/Josef Weidenholzer (Hrsg.), Bewegung und Klasse. Studien zur österreichischen Arbeitergeschichte. 10 Jahre Ludwig-Boltzmann-Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung, Wien–München–Zürich 1978

Eric J. Hobsbawm, Sozialrebellien. Archaische Sozialbewegungen im 19. und 20. Jahrhundert, Gießen 1979

Rolf Taubert, Maschinenstürmer. Ein Kapitel aus der Sozialgeschichte des technischen Fortschritts, Frankfurt am Main 1979

Klaus Tenfelde/Heinrich Volkmann (Hrsg.), Streik. Zur Geschichte des Arbeitskampfes in Deutschland während der Industrialisierung, München 1981

Ferdinand Karlhofer, „Wilde“ Streiks in Österreich. Entstehungs- und Verlaufsbedingungen industrieller Konflikte in den siebziger Jahren, Wien 1983

Deutsches Historisches Museum/Agnete von Specht (Hrsg.), Streik. Realität und Mythos. (Ausstellungskatalog), Berlin 1992

Michael Kittner, Arbeitskampf. Geschichte – Recht – Gegenwart, München 2005

Holger Marcks/Matthias Seiffert (Hrsg.), Die großen Streiks. Episoden aus dem Klassen-

kampf, Münster 2008

## Neuerscheinungen

Hans Hautmann (Hg.): **„Wir sind keine Hunde“. Das Protokoll des Arbeitertages vom 5. November 1916 in Wien**

Mit einem Anhang: „Zur Naturgeschichte des Eisenkartells“

Wien: Verlag der Alfred Klahr Gesellschaft 2009 (Quellen & Studien, Sonderband 11), 112 S., 8,- Euro, ISBN 978-3-9501986-7-6

Die beiden im Buch wiedergegebenen und mit einer Einleitung versehenen Dokumente aus der Zeit des Ersten Weltkriegs in Österreich sind drastische Beispiele dafür, zu welchen Resultaten die Ausbeutung arbeitender Menschen im kapitalistischen System führen kann. Da sich in manchen Bereichen der Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit die heutigen Zustände den einstigen bereits wieder annähern, kann die Lektüre der Dokumente neben dem historischen auch aktuellen Erkenntniswert für sich beanspruchen.



Peter Goller: **„Während der Schlacht ist es schwer, Kriegsgeschichte zu schreiben, ...“** Geschichtsschreibung der österreichischen Arbeiterbewegung vor 1934. Wien: Verlag der Alfred Klahr Gesellschaft 2009 (Quellen & Studien, Sonderband 10)

112 S., 8,- Euro, ISBN 978-3-9501986-6-9

Viktor Adler hat 1908 bedauert, dass die „notwendigsten Vorarbeiten für ein eindringendes Verständnis der Geschichte der proletarischen Bewegung fehlen“: „Während der Schlacht ist es schwer,

Kriegsgeschichte zu schreiben, (...).“ Die bürgerliche Geschichtswissenschaft an den österreichischen Universitäten ignorierte das Thema. Vielmehr entstanden die ersten historischen Rückblicke am Ende des 19. Jahrhunderts zur eigenen Selbstverständigung, zum „Behelf der Agitation“ aus der sozialdemokratischen und auch aus der „anderen“ radikalen Arbeiterbewegung selbst. Wichtige erste Beiträge zur Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung lieferten etwa Carl Grünberg, Ludwig Brügel, Julius Deutsch, Emil Strauß oder August Krkal.

*Bezugsmöglichkeit: [klahr.gesellschaft@aon.at](mailto:klahr.gesellschaft@aon.at)*

# Austromarxistischer „Sumpf“ (Teil II)

Rosa Luxemburg und die österreichische Sozialdemokratie. Luxemburgs Konflikt mit Viktor Adler (1896–1918)

PETER GOLLER

## 1910 Massenstreikdebatte: „Ermattung“ oder „Niederwerfung“? – Österreichische Erfahrungen?

Das marxistische Lager in der deutschen Sozialdemokratie spaltete sich ab 1910 immer tiefer in der Massenstreik- und Anti-imperialismus-Frage. Äußerer Anlass war der Kampf gegen das preußische „Dreiklassenwahlrecht“ vom Frühjahr 1910, der zwei theoretische Exponenten des Marxismus in gegensätzliche Lager führen sollte: Karl Kautsky zur Gruppe der „Ermattungstaktiker“, Rosa Luxemburg zur „Niederwerfungsstrategie“.<sup>22</sup>

Viktor Adler begrüßte die sich in Richtung des Reformismus bewegende Lösung des „marxistischen Zentrums“ von der radikalen Parteilinken, wie sie im direkten Bruch zwischen Luxemburg und Kautsky sichtbar wurde. So schrieb er am 5. August 1910 zynisch an Bebel, dass Kautsky nun die – allerdings heilsame – Lehre für das jahrelange (partielle) Bündnis mit Luxemburg erhält: „Sieh Dir die liebe Rosa an – Ich habe ja Gemeinheit genug in mir um einige Schadenfreude daran zu haben, was Karl jetzt an seiner Freundin erlebt – aber es ist wirklich arg – das giftige Luder wird noch sehr viel Schaden anrichten, um so größeren, weil sie blitzgescheit ist, während ihr jedes Gefühl für Verantwortung vollständig fe[h]lt u. ihr einziges Motiv eine geradezu perverse Rechthaberei ist. Stell Dir vor, Klara hätte ihr Mandat schon u. säße mit Rosa im Reichstag!! Da würdet Ihr erst was erleben, dagegen die Badenserei der reine Genuß wäre.“ (BVA 510)

Während Rosa Luxemburg – so wie später Lenin – auf Kautsky als den einstigen Theoretiker des Marxismus, als den Verfasser der „Sozialen Revolution“ von 1902 verwies, der etwa angesichts der Niederlage des großen Ruhrbergarbeiterstreiks 1905 gefolgert hatte, dass die Arbeiterklasse künftig Erfolge nur erzielen kann, wenn isolierte ökonomische Streik-kämpfe zu politischen weitergeführt werden, der noch 1909 im „Weg zur Macht“ gegen den zensurierenden Widerstand des SPD-Apparats ein nahes Zeitalter europäischer sozialistischer Revolutionen prognostiziert hatte, entsprach diese Entwicklung Kautskys offenbar Viktor Adlers Erwartungen. Luxemburg blieb nur

resigniert festzustellen, dass Kautsky mit seiner „neuen Strategie“ den reformistischen Gewerkschaftsbürokraten „marxistisch“ die Mauer macht.<sup>23</sup>

Adler fürchtete, dass die linken Massenstreik- und Republiklosungen sogar zur Spaltung der deutschen Partei – durch einen Sonderweg der „süddeutschen Budgetbewilliger“ – führen könnten. An Bebel schrieb er am 14. September 1910: „Ich fürchte ja ohnehin, dass die zwei hysterischen Weiber Rosa u. Klara Euch in eine ‚republikanische‘ Demonstration hineinzureiten versuchen werden, die kaum Eurer Taktik nützen könnte! Aber darüber habe ich doch kein rechtes Urteil.“ (BVA 515)

Karl Kautsky hatte tatsächlich die über die Demokratisierung des preußischen Wahlrechts hinausführende Forderung nach der demokratischen Republik in der *Neuen Zeit* unterdrückt. Über die von Adler angesprochene Republik-Agitation hatte Rosa Luxemburg in einem ersten, unter dem Titel „Ermattung oder Kampf?“ Ende Mai 1910 noch in der *Neuen Zeit* erscheinenden „Anti-Kautsky“ notiert: „Nur noch eine Losung ruft jetzt in den Parteimassen in Deutschland – wie ich feststellen konnte – eine gleich stürmische Zustimmung hervor: Es ist dies die scharfe Betonung unseres republikanischen Standpunktes; eine Losung, mit der man leider gleichfalls weder im ‚Vorwärts‘ noch in der ‚Neuen Zeit‘ an die Öffentlichkeit treten kann, während ein Teil unserer Provinzpresse – von der Dortmunder ‚Arbeiter-Zeitung‘ bis zur Breslauer ‚Volkswacht‘ – auch in dieser Beziehung ihre Schuldigkeit tut.“<sup>24</sup>

Rosa Luxemburg beschreibt Karl Kautskys „Ermattungstaktik“ als ein Modell des sich unablässig, evolutionären „Stärkens“ (durch politische, gewerkschaftliche, sozialreformerische, organisatorische Erfolge), ohne dass dieser Prozess des Erstarkens (Mitgliederzuwachs, Agitations- und Presseapparat, etc.) durch „radikale“ Aktionen gefährdet würde. Der „neue“ Kautsky einer de facto rein parlamentarischen Strategie sieht den angeblich seit 1871 eingeschlagenen Weg des sich langsamen sozialistischen „Rüstens“ als einen Ziel führenden Weg und illusionärer Weise als eine unumkehrbar unaufhaltsame Methode an.

Die Kautsky'sche „Ermattungstaktik“, in der der Massenstreik nur mehr als ulti-

matives Mittel für den Fall etwa eines reaktionären Angriffs auf das Reichstagswahlrecht vorgesehen scheint, scheitert am inneren Widerspruch, da jede Massenbewegung, jede Demonstrationsbewegung in sich zusammenbrechen muss, wenn sie sich keine radikalere Ziele zu stellen vermag. Rosa Luxemburg belegt diese Sicht mit Blick auf die belgische und österreichische Wahlrechtsbewegung seit den 1890er Jahren, die ganz entgegen Kautskys geschichtlicher Deutung eben nicht über einen langen Zeitraum gleichsam statisch aufrecht erhalten werden konnten.

Kautskys bremsende, zaudernde „Cunctator-Strategie“ – gekennzeichnet von „himmelstürmender Theorie – und ‚Ermattung‘ in der Praxis, [von] revolutionärste[n] Perspektiven in den Wolken und [von] Reichstagsmandate[n] als einzige Perspektive in der Wirklichkeit“ – wird für Luxemburg gerade durch die Geschichte der Kämpfe der österreichischen Sozialisten widerlegt, die sie eingehend analysiert, wie folgender längerer Textauszug belegt: „Und wenn die von uns entfachte Massenbewegung nach weiteren Direktiven, weiteren Aussichten ruft, so müssen wir ihr diese weiteren Aussichten zeigen, oder – wenn wir da[zu] aus diesem oder jenem Grunde nicht imstande sind – dann bricht auch die Demonstrationsbewegung über kurz oder lang zusammen, sie *muß* zusammenbrechen.“

Genosse Kautsky bestreitet dies. Er be ruft sich auf Österreich: „Über ein Dutzend Jahre hat dort der Wahlrechtskampf gedauert; schon 1894 wurde die Anwendung des Massenstreiks von den österreichischen Genossen erwogen, und doch vermochten sie bis 1905 ihre glänzende Massenbewegung ohne jene Steigerung und Zuspitzung im Gange zu halten ... Nie sind die Genossen Österreichs in ihrem Wahlrechtskampf über Straßendemonstrationen hinausgegangen, und doch verschwand nicht ihr Elan, brach ihre Aktion nicht zusammen.“ (Karl Kautsky: Was nun?, in Die Neue Zeit, 28. Jg. 1909/10, Zweiter Band)

Genosse Kautsky irrt sich in bezug auf die Tatsachen in Österreich, wie er sich in bezug auf die Tatsachen des belgischen Wahlrechtskampfes geirrt hat.

Die Genossen in Österreich vermochten so wenig über ein Dutzend Jahre, ihre

glänzende Massenbewegung‘ im Gange zu halten, dass diese Massenbewegung vielmehr von 1897 bis 1905, also etwa acht Jahre lang, vollständig darniederlag. Darüber haben wir ein zuverlässiges Zeugnis – in der Gestalt sämtlicher Parteitage der österreichischen Genossen für diese Zeit. Seit 1898 bis 1905 bilden nämlich die Klagen über den Zusammenbruch der Massenaktion, über das Daniederliegen des Wahlrechtskampfes eine ständige, herrschende Note aller Parteitage. Schon auf dem Parteitag in Linz im Jahre 1898 bemängelt Genosse Winarsky, dass im Referat über die Parteitaktik ‚über das allgemeine Wahlrecht fast gar nichts gesprochen‘ wurde, und erklärt, es müsse ‚wieder ein Sturm auf diese Bastion unternommen werden‘. Dieselben Forderungen und Klagen wurden laut auf dem Parteitag in Brünn 1899. (...) Dieselben Klagen wiederholen sich auf dem Parteitag in Wien 1901, in Aussig 1902 und wieder in Wien 1903.

Auf dem Parteitag in Salzburg im Jahre 1904 endlich gab es einen ganzen Sturm des Unwillens über den Stillstand der Wahlrechtsbewegung. Pölzer rief: ‚Ja, was wird denn eigentlich geschehen? ... Genossen, das geht nicht weiter. Wenn wir Drohungen aussprechen, müssen wir sie verwirklichen ... Eingreifen gilt es mit aller Macht, denn lange genug haben wir bloß gedroht. Schuhmeier konstatiert: ‚Es lässt sich nicht leugnen, dass in unseren Reihen die Stimmung abgeflaut ist, dass das Feuer der Kampfesbegeisterung nachgelassen hat.‘ So groß war die allgemeine Gedrücktheit, der Elan so gering, dass Schuhmeier in Salzburg – ein knappes Jahr vor dem siegreichen Sturm im November 1905 – erklären konnte: ‚Ich bin heute überzeugt, dass wir vom allgemeinen Wahlrecht weiter entfernt sind als je.‘“

Luxemburg zitierte zur Widerlegung von Kautsky weitere in diese Richtung weisende Wortmeldungen, u.a. von Engelbert Pernerstorfer, von Hans Resel oder wieder von Leopold Winarsky: ‚Mit der ‚glänzenden Massenbewegung‘, die in Österreich zwölf Jahre lang im Fluss erhalten wurde, und dem Elan, der nicht nachließ, sah es also ziemlich dürftig aus.‘“

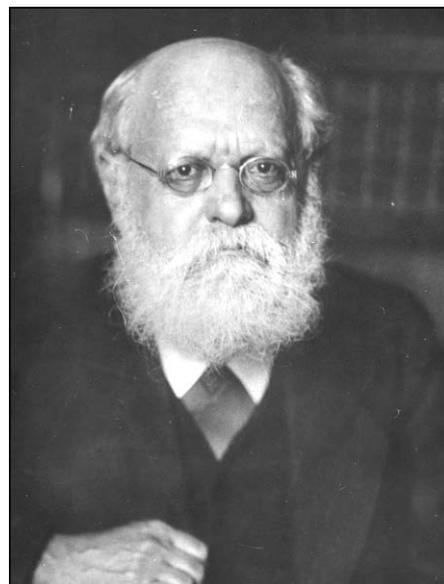
Rosa Luxemburg resümiert, die Geschichte der österreichischen Wahlrechtsbewegung widerlegt Kautskys ‚Ermattungstaktik‘: ‚Während also das Proletariat in Österreich tatsächlich nur in den zwei stürmischen Anläufen der Massenbewegung die Wahlreform durchgesetzt hat, die es anfangs der neunziger Jahre unter dem Anstoß des belgischen Mas-

senstreiks und 1905 unter dem Anstoß des russischen Massenstreiks genommen hatte, lehnt Genosse Kautsky sowohl das belgische wie das russische Beispiel für Preußen ab, um uns als Muster auf jene dazwischenliegende achtjährige Periode in Österreich zu verweisen, in der die Wahlrechtsbewegung als Massenaktion in Wirklichkeit völlig darniederlag.‘“

In einer gegenüber ‚Ermattung oder Kampf?‘ noch verschärften Kritik versuchte Rosa Luxemburg im Sommer 1910 unter der Überschrift ‚Die Theorie und die Praxis‘ Karl Kautskys Losung von der ‚Unmöglichkeit deutscher Massenstreiks im aktuellen Zeitpunkt‘ angesichts eines fest etablierten, von imperialistischen Erfolgen gestärkten Staatsapparats mit weiteren Beispielen aus der Geschichte der europäischen und besonders auch wieder der österreichischen sozialen Kämpfe zu widerlegen.<sup>25</sup>

Mit österreichischen Beispielen will Luxemburg gegen Kautsky zeigen, dass die Massenaktion weitergetrieben, radikalisiert, politisch verallgemeinert werden muss, wenn sie nicht stagnieren, sich nicht selbst liquidieren will.

Mit Beispielen aus unterschiedlich kapitalistisch entwickelten Ländern, mit Ereignissen aus Ländern mit höchst unterschiedlichem Organisationsgrad von Arbeiterparteien und Gewerkschaften will Rosa Luxemburg im Sommer 1910 Kautskys These von der ‚Unmöglichkeit‘ der Massenstreiks, insbesondere der Demonstrationsmassenstreiks in ‚Westeuropa‘ aus den Angeln heben, auch Kautskys Versuch, die Massenstreiks zum spezifisch ‚russischen Phänomen‘ zu degradieren. Gegen Kautskys ‚Theorie von der Unmöglichkeit einer Periode politischer Massenstreiks in Deutschland‘ führt Rosa Luxemburg aus: ‚Genosse Kautsky hat theoretisch wie auf flacher Hand die Unmöglichkeit der Vermengung politischer und ökonomischer Streiks, die Unmöglichkeit allgemeiner imposanter Demonstrationsmassenstreiks, die Unmöglichkeit der Massenstreiks als einer Periode wiederholter Einzelkämpfe erwiesen, und er hat vergessen, dass wir seit zehn Jahren in einer Periode von ökonomischem, politischen, Kampf- und Demonstrationsmassenstreiks leben, einer Periode, die sich mit auffallender Übereinstimmung fast auf alle ‚westeuropäischen Länder‘ sowie auf die Vereinigten Staaten erstreckt, auf kapitalistisch zurückgebliebenste wie Spanien und auf die fortgeschrittensten wie Nordamerika, auf Länder mit schwächster Gewerkschaftsbewegung wie Frankreich und auf solche mit



Karl Kautsky (1854–1938)

strammen sozialdemokratischen Gewerkschaften wie Österreich, auf das agrarische Galizien und auf das hochindustrielle Böhmen, auf halbfeudale Staaten wie die habsburgische Monarchie, auf Republiken wie Frankreich und auf absolutistische Staaten wie Russland.‘“

Neben belgischen, russischen, amerikanischen, italienischen, spanischen, französischen, oder skandinavischen Beispielen listet Rosa Luxemburg im Sommer 1910 noch einmal die österreichischen sozialen Kämpfe im letzten Jahrzehnt in Auswahl auf: ‚(...) 1900 gleichfalls Massenstreik der Bergarbeiter in Österreich, (...) 1902 Massenstreik der Landarbeiter in ganz Ostgalizien (über 200000) zum Schutze des Koalitionsrechts, (...) 1904 Massenstreik der Eisenbahner in Ungarn, (...), 1905 Demonstrationsmassenstreik in Prag und Umgegend (100000 Arbeiter) für das gleiche, allgemeine Wahlrecht zum böhmischen Landtag, im Oktober 1905 Demonstrationsmassenstreik in Lemberg für das allgemeine, gleiche Wahlrecht zum galizischen Landtag, im November 1905 Demonstrationsmassenstreik in ganz Österreich für das allgemeine, gleiche Wahlrecht zum Reichsrat, (...) 1906 Demonstrationsmassenstreik in Triest für das allgemeine, gleiche Wahlrecht zum Landtag, der die Reform auch siegreich erzwungen hat, 1906 Massenstreik der Hüttenarbeiter in Witkowitz (Mähren) zur Unterstützung von 400 wegen der Maifeier entlassenen Vertrauensmännern, siegreich beendet, (...) im Oktober 1909 Demonstrationstreik sämtlicher Arbeiter in Trient und Rovereto als Protest gegen politische Verfolgungen der Sozialdemokratie, (...).‘<sup>26</sup>

Die österreichischen Streikaktionen zeigen nach Rosa Luxemburg, dass sie ent-

gegen Kautskys Annahme die Organisation nicht nur nicht gefährden, sondern bisher unorganisierte Schichten in die Bewegung hineinziehen: „Die österreichischen Demonstrationstreiks haben die Wahlreform mächtig gefördert. Die Massenstreiks der Landarbeiter haben, bei ihrer formalen teilweisen Ergebnislosigkeit, die Organisation unter den Landarbeitern in Italien und Galizien gestärkt.“ Ja, dass der Parteiapparat die Kampfbereitschaft der Massen zu bremsen versucht und dies auch vermag, das gilt – da hat Kautsky recht – für die österreichische Partei noch mehr als für die deutsche.

Für Rosa Luxemburg handelt es sich um einen ganzen Zyklus, eine ganze Periode von Massenstreiks, womit sie Kautskys These vom angeblich einmaligen Massenstreikschlag in ferner Zukunft widerlegen will. Sie macht sich lustig über Kautskys Andeutungen zum „letzten“ ultimativen Massenstreik, der auf „Leben und Tod“ zu einem „bestimmten Termin“ auf vorher geheim festgesetztes Kommando von oben, wenn etwa das Reichstagswahlrecht angetastet wird, proklamiert werden soll. Kautsky macht alle möglichen Gründe gegen den Massenstreik als aktuelles Problem geltend, deshalb müsste er – so Luxemburg – wenigstens wissen, dass diese seine Argumente vorab für jenen fast apokalyptischen Moment umso mehr zutreffen werden: nämlich die von Kautsky als apathisch geschilderten Massen, die Passivität der in ideologischer Versklavung gehaltenen Staatsangestellten, Postler, Eisenbahner, der Landarbeiter, der in „gelber“ Abhängigkeit gehaltenen Angestellten und Arbeiter, der offensive Vorteil auf Seite der herrschenden Klassen!

### 1913: Offiziösen-Streit – Viktor Adler auf der Seite von Kautsky

Unter den Vorzeichen der sich verschärfenden imperialistischen Widersprüche flammte 1913 der Massenstreik-Konflikt auf dem Parteitag von Jena noch einmal auf. Hinzu kam, dass nicht nur Karl Kautsky näher an die Positionen der Reformisten herangerückt war, sondern dass die SPD nach dem Tod von August Bebel von den rechten Kräften um Friedrich Ebert dominiert wurde.

Rosa Luxemburg warf Kautsky 1913 Wochen vor Jena angesichts zunehmender sozialer Massenunzufriedenheit vor, die „beschauliche Ruhe eines Philosophen“ zu Tage zu tragen. Kautsky, der ehemalige marxistische Vordenker des Massenstreiks, ist auf den Weg des „parlamentarischen Kretinismus“ einge-

schwenkt. Kautsky, der ehemalige Kritiker des Revisionismus, glaubt nun gleich Eduard Bernstein die Partei vor dem „Blanquismus“, vor dem anarchistischen Gespenst eines Johann Most oder Wilhelm Hasselmann retten zu müssen: „Kautsky fühlt sich wieder (wie 1910 – Anm.) berufen, die Partei vor schweren Gefahren zu retten. Er warnt vor ‚Abenteuern‘, ‚Handstreichen‘ und ‚Quertreibereien‘, er wittert Syndikalismus, Putschismus, Blanquismus, ‚revolutionäre Gymnastik‘, Moste und Hasselmänner, er denunziert ‚unsere Russen‘, die jeglicher Organisation feind seien und die eifrig daran arbeiteten, den Massen den Kampf um parlamentarische Rechte zu vereckeln.“

Kautsky verwandelt die Marx'-Engels'sche Theorie in ein offizioses Schema zur Rechtfertigung des parteibürokratischen Opportunismus. Der Massenstreik, der revolutionäre Klassenkampf werden als ultima ratio auf den Tag des jüngsten Gerichts verschoben: „In Marxens Geist ist die theoretische Erkenntnis nicht dazu da, um hinter der Aktion einherzugehen und für alles, was von den ‚obersten Behörden‘ der Sozialdemokratie jeweilig getan oder gelassen wird, einen rechtfertigenden Beruhigungsschleim zu kochen, sondern umgekehrt, um der Aktion der Partei führend voranzugehen, um die Partei zur ständigen Selbstkritik anzustacheln, um Mängel und Schwächen der Bewegung aufzudecken, um neue Bahnen und weitere Horizonte zu zeigen, die in den Niederungen der Kleinarbeit unsichtbar sind.“

Der Marxismus wird bei Kautsky seit 1910 nach Luxemburg zu einem „politischen Horoskop“ eines „neuen Liberalismus“ degradiert, dessen einzige Losung auf „Reichstagswahlen“ lautet: „Kautsky hingegen bekämpft den Gedanken an eine Offensive in unserer Taktik, er bekämpft die Forderung der Initiative, er bekämpft die Losung des Massenstreiks. Was er aber zu bieten weiß, sind nur die gefährlichsten Illusionen in bezug auf den Parlamentarismus.“<sup>27</sup>

Viktor Adler gratulierte Kautsky am 5. Oktober 1913 nach dem Parteitag von Jena dazu, dass er sich von den „Frechheiten“ Rosa Luxemburgs nicht habe „provizieren lassen“.

Kautsky antwortete drei Tage später differenziert, es herrscht in der Tat große Unzufriedenheit wegen der politischen und gewerkschaftlichen Misserfolge, wegen der Passivität der Parteiführung, die von den Linken ausgenutzt wird: „Die Rosaleute machen daraus natürlich den erbitterten Vorwurf: Es geschieht nichts, weil Ihr nichts tun wollt! Aber auf

die Frage, was geschehen soll, bleiben auch sie die Antwort schuldig. So viel ich sehe, ist diese Erscheinung nicht spezifisch deutsch. Aus England, Amerika, Frankreich wird mir gleiches berichtet, und in Österreich steht ja ebenso, wie Du selbst andeutest, und Bauer erst vor Kurzem berichtete.“ Unter einem diffamierte Kautsky den Protest als von den Massen isolierte intellektuelle Demagogie: „Es waren nicht Leute aus der ‚Masse‘, sondern fast ausschließlich Intellektuelle, die aggressive Massenaktion predigten. Die Arbeiter, mit denen ich sprach, äußerten sich ganz anders.“

Den politischen Angriff tat Kautsky als „persönliche Attacke der Rosa“ ab, die im übrigen in ihrer Agitation weitgehend isoliert sei: „Die Luxemburg hält jetzt hier Vorträge über Imperialismus und Militarismus, die ganz schlecht besucht sind – 4–500 Mann. Andere allerdings nicht besser. Selbst Arbeitslosenversammlungen sind leer. Die Apathie allgemein. Und da will man den Massenstreik predigen!“

Seine politische Wende gegen die eigene „Weg zur Macht“-Prognose von 1909 entschuldigte Kautsky mit der angeblichen Apathie der Massen: „Es ist die Periode eingetreten, die ich schon in meinem ‚Weg zur Macht‘ [1909] erwartete: der Stillstand des Aufstiegs durch den gewerkschaftlichen Kampf. Aber die Folgen sind zunächst andere, als ich erwartet: nicht Steigerung des revolutionären Elans im politischen Kampf, sondern Apathie, Verzagtheit, Unbehagen in weiten Kreisen. Sollte das weiter dauern und die Not sich im Laufe des Winters noch steigern, dann halte ich Ausbrüche der Verzweiflung nicht für ausgeschlossen, wilde Streiks und Straßenrevolten. Das könnte zu einer politischen Krisis führen, zu schärferen Maßregeln gegen uns, aber auch zu einer Parteikrisis. Der Konflikt mit der Rosademagogie verlöre seinen akademischen Charakter und würde akut. Daß in solchem Fall, wenn es vom Reden zum Handeln kommt, die große Mehrheit der Partei auf unserer Seite ist, bezweifle ich nicht im mindesten.“ (Adler an Kautsky am 5. Oktober bzw. Kautsky an Adler am 8. Oktober 1913, in BVA, 580–586.)

In einer 1913 in der SPD nicht mehr veröffentlichen Nachbetrachtung zu Jena ordnete Rosa Luxemburg Karl Kautsky und die *Neue Zeit* – einst Bollwerk der „marxistischen Orthodoxie“ – unter Berufung auf ein Bebel-Bild dem sich stets auf die „alte bewährte Taktik“ berufenden „zentristischen Sumpf“ zu. Hatte sich dieser „Sumpf“ im Revisionismus-

streit eben deshalb gegen Bernstein gestellt, so rückte er seit 1910 unter verschärften Klassenkampfbedingungen nach rechts auf das übliche „revisionistische Drittel der Parteitage“ zu: „Die imperialistische Periode, die verschärften Verhältnisse der letzten Jahre stellen uns aber vor neue Situationen und Aufgaben. Die Notwendigkeit, der Partei bei all ihrer massiven Breite eine größere Beweglichkeit, Schlagfertigkeit und Aggressivkraft zu verleihen, die Massen mobil zu machen und ihren unmittelbaren Druck in die Waagschale der Ereignisse zu werfen, all das erfordert mehr als das krampfhaft Festhalten an den äußeren Formen der ‚alten bewährten Taktik‘.“ Der soziale und antimilitaristische Kampf erfordert „neue Formen der Massenaktionen“, mit denen die „konservativen Elemente“ um Karl Kautsky, die – so Luxemburg – euphemistisch das „angebliche ‚marxistische Zentrum‘“ genannt werden, eigentlich aber der passive „Sumpf“ sind, nicht mitgehen können. Rosa Luxemburg mutmaßt, dass sich Kautsky der „Frontänderung“ und seiner objektiven Ausrichtung nach rechts nicht bewusst ist, sonst hätte er erkennen müssen, dass er in Jena 1913 mit seinen bisherigen Gegnern „Südekum, David, Noske, Richard Fischer“ im Bündnis aufgetreten ist.<sup>28</sup>

Den Austromarxismus ordnete Luxemburg ab 1915 als Mitorganisatorin der Spartakusgruppe dem „Eunuchentum“ und „zentristischen Sumpf“ zu. Was sie als das „Offiziösentum“, das „Hinterherlaufen“ des kautskyanischen „Zentrums“, als den „Sumpf“ bezeichnete, wurde von österreichischen linken Sozialdemokraten mit Blick auf das Zurückweichen des Parteivorstandes als „Nirwana des Buddha“ angesprochen.

Auch in der österreichischen Partei war es unmittelbar vor 1914 zu vermehrten Konflikten mit allerdings zumeist isolierten radikalen Linken, so mit der „Reichenberger Linken“ um Josef Strasser gekommen, die der Partei Opportunismus in nationalen Fragen und in sozialen Auseinandersetzungen vorwarf.

Otto Bauer sprach deshalb 1912 im *Kampf* von der vagen Möglichkeit, dass sich in Reaktion auf die „revisionistische Rechte“ jetzt auch in Österreich „eine äußerste Linke [bilden könnte], die der Richtung Mehring-Luxemburg- ‚Leipziger Volkszeitung‘ nahe steht“.

In der österreichischen „Teuerungskrise“ 1911, die am 17. September 1911 in Wien in blutig niedergeschlagenen Massendemonstrationen eskalierte, warnte Bauer zwar als österreichischer „Zen-

trist“ vor den „Gefahren des Reformismus“ mit seinen sich innerhalb des bürgerlichen Horizonts bewegenden sozialpolitischen Illusionen. Eine verschärfte Taktik im Kampf gegen den sozialen Rückschritt und das imperialistische Wettrüsten mit den Mitteln des (politischen) Massenstreiks lehnte er aber in der Auseinandersetzung mit „unseren Radikalen“ ab, – mit ähnlichen Argumenten, wie dies Kautsky – von Luxemburg verachtet – für Deutschland tat: Die kapitalistische Verwertungslogik sei auch mit militanten Mitteln nicht aufhebbar, „die unerbittlichen Gesetze der kapitalistischen Gesellschaft“ setzten der sozialdemokratischen „Macht im Staate und in der Gemeinde, auf dem Arbeitsmarkt und auf dem Warenmarkt enge Grenzen.“<sup>29</sup>

Mit ähnlichen Argumenten wies Otto Bauer am Wiener Parteitag Ende Oktober 1913 – also nur einen Monat nach der SPD-Tagung in Jena – Forderungen nach radikaleren Kampfmethoden zurück, was einen linken Kritiker wie Siegfried Schab von Bauers fatalistischer Gleichgültigkeit sprechen ließ: „Denn was sie (die Arbeiterschaft – Anm.) angestrebt, ‚könne nur das Produkt geschichtlicher Entwicklung sein‘?! Also ‚laissez faire, laissez passer‘! Zu deutsch: ‚Steck‘, lieber Proletarier, die Hände in die Hosentaschen (solange du wenigstens noch eine Hose hast) und schau zu, wie die Dinge kommen werden. Es ist das Nirwana des Buddha, das Otto Bauer zum politischen Ideal des österreichischen Proletariats erhebt.“

Mit Marx und Engels wollte Bauer auf dem Parteitag in Wien-Favoriten 1913 belegen, dass die Lage, in der sich die Sozialdemokratie befindet, „das Produkt der ehernen Gesetze des Kapitalismus“ ist. Bauers defensive Haltung, sein theoretisches Verbarrikadieren hinter den angeblichen objektiven Notwendigkeiten, die die materialistische Geschichtswissenschaft lehre, erinnert an Luxemburgs Kritik an Kautskys „Offiziösentum“ des „Hinterhertrotens“.<sup>30</sup>

### „Burgfriedenskapitulation“ 1914

Für die Reichskonferenz der Gruppe *Internationale* fasste Rosa Luxemburg im März 1916 die Kapitulation der II. Internationale zusammen, indem sie auf die letzte von der imperialistischen Kriegshysterie schon demoralisierte Sitzung des Internationalen Sozialistischen Büros am 29./30. Juli 1914 in Brüssel und damit auf ihre letzte politische, direkte Begegnung mit Viktor Adler verweist: „Wenn Sie diese letzte Sitzung erlebt hätten, Sie hätten im voraus gese-

hen: Alles, was gekommen ist, musste kommen. Die Leute waren vom Gedanken des Krieges so gebrochen. Adler: Kinder, wir können nichts machen. Haase forderte von den Franzosen, dass auf dem kommenden Kongress die französischen Forderungen nicht auf die Tagesordnung kommen. Es war eine schmachvolle Stunde. Keine Massenaktion.“<sup>31</sup>

Für die polnische Sektion war Rosa Luxemburg Ende Juli 1914 nach Brüssel gereist, war dort auf einen pessimistisch resignierenden Viktor Adler, einen scheinaktivistisch agierenden Hugo Haase, oder auf gespenstisch einen Ersatzkongress der II. Internationale planende Delegierte getroffen, während unter Missachtung des noch breiten Arbeiterprotests gegen den Krieg hinter den Kulissen der entscheidenden sozialdemokratischen Parteivorstände schon an der Zustimmung zu den fälligen Militärbudgets gearbeitet worden war. Selbst eine Rosa Luxemburg oder ein Karl Liebknecht waren sich über die Dimension des imperialistischen Kriegstreibens in diesem Moment noch nicht vollends klar.<sup>32</sup>

Am 22. September 1914 bezichtigte Rosa Luxemburg Viktor Adler, am SPD-Parteivorstand in Berlin teilgenommen zu haben, um den „Kriegskredit“-Kurs zu stützen. (GB 5, 455)

### Austromarxistische Kriegsopposition: Friedrich Adler, vom zaudernden zum sozialistischen Kriegsgegner?

Über die Position der austromarxistischen „Kriegslinken“ zeigt sich Luxemburg enttäuscht. 1915 erscheinen Friedrich Adler und die österreichische Parteiopposition in den Augen der Rosa Luxemburg nur als getreues Abbild des Kautskyanischen Zentrums, der Kautsky-Ideologie, wonach die Internationale nur ein „Friedensinstrument“ ist, so Luxemburg unter Bezug auf Friedrich Adlers im Jänner 1915 veröffentlichten Aufsatz

[www.klahrgesellschaft.at](http://www.klahrgesellschaft.at)

- Informationen über Ziele und Aktivitäten der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT.
- Sämtliche Beiträge aus den *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft* der Jahrgänge 1994–2009 im Volltext.
- Übersicht über aktuelle und bisherige Veranstaltungen der AKG seit 1993.
- Beiträge und Bibliographien zur Geschichte der KPÖ.
- Publikationen des Verlages der AKG und Bestellmöglichkeit.



Friedrich Adler (1879–1960)

„Die Sozialdemokratie in Deutschland und der Krieg“: „Kautsky, der als Vertreter des sogenannten ‚marxistischen Zentrums‘ oder, politisch gesprochen, als der Theoretiker des Sumpfes schon seit Jahren die Theorie zur willfähigen Magd der offiziellen Praxis der ‚Parteiinstanzen‘ degradiert und dadurch zu dem heutigen Zusammenbruch der Partei redlich beigetragen hat, hat auch jetzt schon eine neue Theorie gerade zur Rechtfertigung und Beschönigung des Zusammenbruchs zurechtgedacht. Danach soll die Sozialdemokratie zwar ein Instrument des Friedens, aber kein Mittel gegen den Krieg sein. Oder, wie Kautskys getreue Schüler im österreichischen ‚Kampf‘ mit vielen Seufzern über die heutigen Verirrungen der deutschen Sozialdemokratie dekretieren, die einzige Politik, die dem Sozialismus während des Krieges gezieme, sei ‚das Schweigen‘; erst wenn die Friedensglocken läuten, beginne er wieder in Funktion zu treten. [Siehe den Artikel Fr. Adlers im Januarheft des ‚Kampfes‘] Diese Theorie des freiwillig übernommenen Eunuchentums, die die Tugend des Sozialismus nur dadurch wahren zu können glaubt, dass sie ihn in den entscheidenden Momenten der Weltgeschichte als Faktor ausschaltet, leidet am Grundfehler aller Rechnungen der politischen Impotenz: dass sie nämlich ohne den Wirt gemacht ist. Gestellt vor die Alternative: für oder gegen den Krieg, ist die Sozialdemokratie in dem Augenblick, wo sie das ‚Gegen‘ preisgegeben hat, durch der Geschichte ehernes Muß gezwungen worden, ihr volles Gewicht für den Krieg in die Waagschale zu werfen. Derselbe Kautsky, der in der denkwürdigen Fraktionsberatung des 3. August für die Bewil-

ligung der Kredite plädierte, und dieselben ‚Austromarxisten‘ (wie sie sich selbst nennen), die auch jetzt im ‚Kampf‘ die Bewilligung der Kriegskredite durch die sozialdemokratische Fraktion als eine Selbstverständlichkeit hinnehmen, vergießen gelegentlich Tränen über die nationalistischen Exzesse der sozialdemokratischen Parteiorgane (...).“

So wie für Kautsky schien auch für Friedrich Adler die Internationale nur ein „Friedensinstrument“ zu sein, schien das „Proletarier, aller Länder vereinigt Euch!“ im Kriegsfall sistiert und durch ein „Jeder Schuss ein Russ, ...!“ ersetzt: „Sobald der Krieg da sei, gelte für jedes Proletariat nur noch die Frage, ob Sieg oder Niederlage. Oder wie ein anderer ‚Austromarxist‘, Fr. Adler, mehr naturwissenschaftlich-philosophisch erklärt: die Nation müsse wie jeder Organismus vor allem ihr Dasein behaupten. Auf gut deutsch heißt das: Es gibt für das Proletariat nicht *eine* Lebensregel, wie es der wissenschaftliche Sozialismus bisher verkündete, sondern es gibt deren *zwei*: eine für den Frieden und eine für den Krieg. Im Frieden gelte im Innern jedes Landes der Klassenkampf, nach außen die internationale Solidarität, im Kriege gelte im Innern Klassensolidarität, nach außen der Kampf zwischen den Arbeitern verschiedener Länder. Der welthistorische Appell des Kommunistischen Manifests erfährt eine wesentliche Ergänzung und lautet nun nach Kautskys Korrektur: Proletarier aller Länder, vereinigt euch im Frieden, und schneidet euch die Gurgeln ab im Kriege! Also heute: ‚Jeder Schuss ein Russ, jeder Stoß ein Franzos‘, und morgen nach Friedensschluss ‚Seid umschlungen Millionen, diesen Kuss der ganzen Welt‘. Denn die Internationale ist ‚im wesentlichen ein Friedensinstrument‘, aber ‚kein wirksames Instrument im Kriege‘.“<sup>33</sup>

Friedrich Adler hatte 1915 vorgetragen: Keine Preisgabe „sozialistischer Prinzipien“, kein sozialdemokratischer „Deutschland, Deutschland über alles“-Jubel, geistig Bewusstsein mäßiges Konservieren sozialistischer Grundsätze, kein (Karl Renner’scher, etc.) „Sozialpatriotismus“, keine euphorische Politik des „klassensolidarischen“ „Burgfriedens“, aber damit hat es sich auch schon, konkrete organisatorische Maßnahmen (wie Parteispaltung, eine eigene linke Arbeiterpartei) oder konkrete Massenaktionen sind nicht möglich, denn im (!) Kapitalismus so Friedrich Adlers – Lenin würde sagen – „marxistische“ Begründung“ lässt sich weder die kapitalistische Konkurrenz

noch der kapitalistisch entsprungene imperialistische Krieg aushebeln. Die Proletarier dürfen nach Friedrich Adler deshalb zwar als „Soldaten“, nicht aber als „Sozialisten“ „ihr Vaterland“ verteidigen. Die SP-Politik des „4. August 1914“ gerät Friedrich Adler Anfang 1915 zum unausweichlichen Schicksal. Adler empfiehlt zur Empörung Rosa Luxemburgs, die dies als ein „Eunuchentum“ des „Schweigens“ verachtet, folgendes: „Dieser Konflikt greift ans innerste Leben, aber das Proletariat kann nur siegen, wenn es ihn so löst, wie es ihn immer gelöst hat: durchhalten die sozialistische Überzeugung. (...) Wenn auch, während die Kanonen donnern, dem Sozialismus nur die Politik des Schweigens übrigbleibt, so wird doch, das hoffen wir zuversichtlich, die große Mehrheit der deutschen Sozialdemokratie, sobald die erste Möglichkeit sich ergibt, die Treue für ihre großen Ziele bekunden durch das Bekenntnis: Wir bleiben die Alten.“<sup>34</sup>

Im Zuge der „Hochverratsanklage“ gegen Friedrich Adler 1917 nahm Rosa Luxemburg eine politische Neubeurteilung vor, sie zeigte sich über das persönliche Schicksal hinaus mit Friedrich Adler solidarisch. Am 29. Mai 1917 bedauerte die inhaftierte Luxemburg, dass sie nicht politisch an Friedrich Adler schreiben kann, da ein solcher Brief ja der doppelten Justizzensur unterliegen würde. Am 12. Juni 1917 bittet Luxemburg Luise Kautsky um Abschriften der in der Wiener *Arbeiterzeitung* erschienenen Berichte über den Friedrich-Adler-Prozess. (GB 5, 245, 256f.)

Im Gegensatz zu Lenin, der Friedrich Adler weiterhin als „verzweifelten Kautskyaner“ zentristischer Prägung einschätzte, sah Luxemburg in ihm nun einen Anhänger ihrer „Junius-Thesen“, einen Gegner des Kautskyanischen „Sumpfes“ und zentristischen Opportunismus, so am 8. September 1917: „Ich muss immer denken an den Fritz Adler, der, als er mich das letzte Mal in Berlin besuchte und mir sagte, er stimme vollständig dem Junius zu, auf meinen Einwurf: ‚Ich denke doch, Sie stehen auf Kautskys Standpunkt?‘ die Antwort gab: ‚Wie macht man das? Kautsky steht doch auch nicht auf Kautskys Standpunkt.‘ Aber die Scheidemänner werden ihn doch nächstens auch noch zum Märtyrer machen und damit seine kahle Glorie wieder frisch erstrahlen lassen.“ (GB 5, 305)

Umgekehrt war Friedrich Adler von der österreichischen „Partei-rechten“, von Friedrich Austerlitz schon am 15. Oktober 1916 – also sechs Tage vor dem Stürgh-

Attentat – ohne viel Federlesen der „Spartakus-Radek“-Ideologie – die Verwendung von Begriffen wie „Sozialimperialisten“, „Sozialpatrioten“ reichte dazu aus – zugerechnet worden, nahe stand er vielmehr der deutschen USP-Position.<sup>35</sup>

### 1917/18: Luxemburgs Warnung vor einem „neuen Burgfrieden“

Nach der Oktoberrevolution warnte Luxemburg vor der sozialdemokratischen „Klassenversöhnung“ mit der jeweiligen Bourgeoisie. Der sozialdemokratischen Solidarität mit dem „roten Oktober“ traute sie mit Recht nicht, sah sie als Pseudosolidarität an. Am 16. November 1917 schrieb sie höhnisch an Sophie Liebknecht: „Das kam mir so recht zum Bewusstsein, als ich heute von dem Telegramm las, das die Wiener Sozialdemokraten der Petersburger Lenin-Regierung geschickt haben. Begeisterte Zustimmung und Glückwünsche! Die Adler, Pernerstorfer, Renner, Austerlitz – und die Russen, die ihr Herzblut vergießen!“ (GB 5, 323f.)

Rosa Luxemburg sah 1918 in einem Gefängnis-„Fragment über Krieg, nationale Frage und Revolution“ den „neuen Burgfrieden“ wider die proletarische Revolution heraufziehen: „In Polen die Daszynskis im trauten Bunde mit den galizischen Schlachtschützen und der Warschauer Großbourgeoisie, in Deutsch-Österreich die Adler, Renner, Otto Bauer und Julius Deutsch Arm in Arm mit Christlich-Sozialen, Agrariern und Deutschnationalen, in Böhmen die Soukup und Nemeč in geschlossener Phalanx mit allen bürgerlichen Parteien – eine rührende allgemeine Versöhnung der Klassen. Und über all der nationalen Trunkenheit das internationale Banner des Friedens. Die Sozialisten holen überall die Kastanien aus dem Feuer für die Bourgeoisie, helfen, mit ihrem Ansehen und ihrer Ideologie den moralischen Bankrott der bürgerlichen Gesellschaft zu decken und zu retten, helfen, die bürgerliche Klassenherrschaft zu renovieren und zu konsolidieren. (...) Es ist die Politik des 4. August 1914, nur im konkaven Spiegel des Friedens auf den Kopf gestellt. Kapitulation des Klassenkampfes, (...)“<sup>36</sup> Wie Karl Liebknecht vom Militärzuchthaus aus setzte auch Luxemburg aus dem Gefängnis heraus große Hoffnungen auf den sozialrevolutionären österreichischen Jännerstreik, wenn sie offenbar unter dessen Eindruck am 30. Jänner 1918 an Clara Zetkin schreibt: „Über die Österreicher hast Du Dich sicher auch gefreut. Der alte Adler erlebt einen Bankrott nach dem andern.“ (GB 5, 364)

Am 11. September 1917 hatte Rosa Luxemburg bei Mathilde Wurm, damals Mitglied der USP, angefragt, ob sie ein Exemplar von Renners „Marxismus, Krieg und Internationale“ haben könnte, – ohne weiteren Kommentar: Der Renner'sche Kriegsopportunisten, „Kriegssozialismus“ hat sie wohl auch nicht mehr erschüttern können. (GB 5, 311)

Jedenfalls stellte Rosa Luxemburg schon Ende Mai 1913 in der *Leipziger Volkszeitung* Renner als einen rechtssozialdemokratischen Apologeten des „Dreibundes“ hin: Hat Eduard David für die deutsche Partei eine Loyalitätserklärung zum „Dreibund“ mit dem frommen Wunsch, er soll „ein braver Knabe“ sein, abgegeben, so hat zu fast gleicher Zeit Karl Renner im Wiener Parlament dieses imperialistische Bündnis zum Friedensinstrument erklärt. Diese bürgerlichen „Friedensutopien“ kommentierte Rosa Luxemburg wie folgt: „Vom Dreibund, von einer kapitalistischen Bündnispolitik, die den Krieg vorbereiten soll, erwarten, sie solle für den Frieden wirken, das ist das Beginnen eines Menschen, der vom Distelstrauch Feigen pflücken will.“<sup>37</sup>

#### Anmerkungen:

22/ Zur Spaltung des „marxistischen Zentrums, zur Marginalisierung und strategisch-organisatorischen Schwäche der radikalen Linken, sowie zum Aufstieg der militanten Parteirechten um Friedrich Ebert, Philipp Scheidemann, Gustav Noske oder u.v.a.m. Eduard David in den Jahren 1910–1914 vgl. Georg Fülberth – Jürgen Harrer: Die deutsche Sozialdemokratie 1890–1933 (wie Anm. 1), 87–100.

23/ Hier und im folgenden nach Rosa Luxemburg: Ermattung oder Kampf? (1910), in dieselbe: Gesammelte Werke 2, Berlin 1990, 344–377.

24/ Vgl. zum Kautsky/Luxemburg-Konflikt 1910 Annelies Laschitzka: Rosa Luxemburg (wie Anm. 3), 334–354. – Rosa Luxemburg versuchte mit Marx und Engels die „Republik-Forderung“ (Marx 1875, Engels 1891) gegen Kautsky in das richtige Licht rücken: Ja, die Republikforderung ist ambivalent, es handelt sich um eine Forderung nach dem (bürgerlichen) „Volksstaat“ und trotzdem ist sie in bestimmter Kampfphase eine sozialistische Forderung!

25/ Hier und im folgenden nach Rosa Luxemburg: Die Theorie und die Praxis („Neue Zeit“, Sommer 1910), in dieselbe: Gesammelte Werke 2, Berlin 1990, 378–420.

26/ Erläuternd Julius Deutsch: Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung. Die sozialistischen Gewerkschaften von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, Wien 1908 (später 1929 u.a. mit Käthe Leichter erstellt, erweiterte Neuauflage).

27/ Vgl. Rosa Luxemburg: Das Offiziösentum der Theorie (1913), in dieselbe: Gesammelte

Werke 3, Berlin 1990, 300–321.

28/ Vgl. Rosa Luxemburg: Nach dem Jenaer Parteitag (Abdruck im Oktober 1913 in der „Leipziger Volkszeitung“ verweigert, erst 1927 in „Die Internationale“ veröffentlicht), in dieselbe: Gesammelte Werke 3, Berlin 1990, 343–353. – Zu Ähnlichkeiten mit Lenins früher Kautsky-Kritik vgl. Hans Jürgen Mende: Karl Kautsky – vom Marxisten zum Opportunisten, Berlin 1985, 121–128.

29/ Vgl. Otto Bauer: Die Arbeiter und die Nation, in: Der Kampf 5 (1911/12), 401–406. – dazu Josef Strasser: Der Arbeiter und die Nation. Anhang: Schriften zum Austromarxismus [und Isa Strasser: Josef Strasser – ein Lebensbild], Wien 1982, 21–23. Vgl. weiter Otto Bauer: Die Gefahren des Reformismus, in: *Der Kampf* 3 (1. März 1910) 1909/10), 241–245.

30/ Vgl. u.a. Siegfried Schab: § 14, Obstruktion und Sozialdemokratie, in: Der Kampf 7 (1. Oktober 1913 [1913/14]), 22–25. Vgl. allgemein Herbert Steiner: Über die Massenkämpfe in Österreich 1907–1912, in: Internationale Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung Linz, 12.–16. September 1972 (=ITH-Tagungsberichte 6), Wien 1974, 68–75, – weiters: Otto Bauer: Reden auf dem Parteitag der SDAP in Wien-Favoriten vom 31. Oktober bis 4. November 1913, in: Otto Bauer, Werke 5, Wien 1978, 99–119.

31/ Vgl. Rosa Luxemburg: Reichskonferenz der Gruppe ‚Internationale‘ am 19. März 1916 in Berlin, in dieselbe: Gesammelte Werke 4, Berlin 1990, 165–170.

32/ Vgl. Protokoll der Sitzung des Internationalen Sozialistischen Büros in Brüssel vom 29. bis 30. Juli 1914 in Brüssel in: Georges Haupt: Der Kongress fand nicht statt. Die Sozialistische Internationale 1914, Wien–Frankfurt–Zürich 1967, 177–193.

33/ Vgl. Rosa Luxemburg: Der Wiederaufbau der Internationale (1915), in dieselbe: Gesammelte Werke 4, Berlin 1990, 20–32, hier 21–25.

34/ Vgl. Friedrich Adler: Die Sozialdemokratie in Deutschland und der Krieg, in: *Der Kampf* 8 (1915), 33–42. Dazu Berthold Unfried: Positionen der „Linken“ innerhalb der Sozialdemokratie während des 1. Weltkriegs, in: Neuere Studien zur Arbeitergeschichte II, hg. von Helmut Konrad und Wolfgang Maderthaner. (=Materialien zur Arbeiterbewegung 35), Wien 1984, 319–360.

35/ Austerlitz' Text ist abgedruckt in Friedrich Adler vor dem Ausnahmegericht 18. und 19. Mai 1917, hg. von J.W. Brügel, Wien–Frankfurt–Zürich 1967, 33–49.

36/ Vgl. Rosa Luxemburg: Fragment über Krieg, nationale Frage und Revolution (1918), in dieselbe: Gesammelte Werke 4, Berlin 1990, 366–373. – Dazu auch Peter Goller: Karl Liebknecht und Leopold Winarsky 1907. Antimilitaristischer und antiimperialistischer Kampf in Österreich, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft* 3/2007.

37/ Vgl. Rosa Luxemburg: Die weltpolitische Lage (Leipziger Volkszeitung, 29. Mai 1913), jetzt in dieselbe: Gesammelte Werke 3, Berlin 1990, 212–219, hier 215.

# Am Beispiel Haydn

Ein Beitrag zur Kulturpolitik der burgenländischen KPÖ nach 1945

MARTIN KRENN

Der 5. Juni 1954 sollte kein unbedeutender Tag für die Nachkriegsgeschichte des Burgenlandes, des – wenn auch nicht staatspolitisch, so zumindest gebietsmäßig – jüngsten Bundeslandes Österreichs, werden: An diesem 5. Juni 1954 wurde das Cranium Joseph Haydns – unmittelbar nach der Beerdigung Haydns am Hundstürmer Friedhof in Wien vom Esterházy'schen Sekretär Rosenbaum und dessen Freund Peter, Anhängern der Gall'schen Schädellehre, entwendet und ab der Wende zum 20. Jahrhundert Gegenstand teils heftiger Kontroversen zwischen Eisenstadt und Wien – ins Burgenland überführt und mit den seit 1820 in der Eisenstädter Bergkirche bestatteten restlichen Gebeinen des großen Musikers und Komponisten vereint.<sup>1</sup> Ein verspätetes Staatsbegräbnis also für eine Person, die wie kaum eine zweite historische Gestalt geeignet schien, die Funktion einer „symbolische(n), außer Streit stehende(n) Integrationsfigur“<sup>2</sup> (Gerhard J. Winkler) für ein Bundesland zu übernehmen, dessen spezifische Landesidentität noch keineswegs gefestigt war (von einem „Burgenlandbewusstsein“ vermag man noch gar nicht zu reden) und das seinen funktionalen Platz im politischen Gefüge der Zweiten Republik erst finden musste. Haydn diente hierbei insbesondere der burgenländischen Sozialdemokratie, die bereits in den 1920er und frühen 1930er Jahren im Geschäftsbereich der Kulturagenden ein Schlüsselressort gesehen hatte und nach 1945 daran schier ungebrochen anknüpfte, als Vehikel, um die von ihr als zentral angesehene „nationale“ Absicherung des Burgenlandes als einer historischen Grenzregion gegenüber den (potentiellen, imaginierten oder tatsächlichen) Ansprüchen benachbarter Staaten voranzutreiben, insbesondere aber gegenüber Ungarn als dem traditionellen Konkurrenten auf dem Gebiet dieses vormaligen „Westungarns“ – die Beschwörung der Gefahr von der „magyarischen Irredenta“ findet sich daher folgerichtig bis in die späten 1940er Jahre im Zentrum der politischen Agitation der burgenländischen SPÖ wieder.<sup>3</sup>

Bereits 1932, am Vorabend der ersten großen Haydn-Festwochen anlässlich des 200. Geburtstags des Komponisten, fand Ludwig Leser,<sup>4</sup> die dominierende Persön-

lichkeit der burgenländischen Sozialdemokratie in der Zwischenkriegszeit, in seiner Eigenschaft als Landeshauptmann-Stellvertreter und Kulturreferent darum die pathetischen Worte: „Haydns Musik: das ist unser Land, unser Volk, das sind wir – auf eine Stufe gehoben, die als Möglichkeit unserem Menschenschlag innewohnt und der einmalig in Haydn Erfüllung gegönnt war.“<sup>5</sup> Fast scheint es so, als hätte sich Hans Bögl, nach dem Zweiten Weltkrieg Nachfolger des früh (1946) verstorbenen Lesers an der Spitze des Kulturressorts und etwas später schließlich, im Jahr 1964, der erste gewählte Landeshauptmann des Burgenlandes aus den Reihen der SPÖ, diese Worte zur Vorlage genommen, als er anlässlich der endlich geglückten Überführung des Craniums seine Festansprache hielt: Der Augenblick, so Bögl, „da Haydns Cranium in unser Land kommt, da das Sterbliche des Unsterblichen endlich seine letzte Ruhe findet, [ragt] weit über die Kulturgeschichte unseres Landes hinaus. [...] Eisenstadt ist die Haydn-Stadt Österreichs und der Welt und das Burgenland ist das Land, in dem das Werk Haydns zu seiner Grösse und Unendlichkeit reifte. Darum wird uns Joseph Haydn niemals nur Reliquie sein, die wir besichtigen und auf die wir stolz sind. Joseph Haydn ist uns unzerstörbarer Besitz. So wie unser Land ihm geistige Heimat wurde, so ist Joseph Haydn uns allen geistige Heimat geworden.“<sup>6</sup>

Man darf den konsensualen Charakter dieser Worte nicht unterschätzen: Zwischen den in Eisenstadt regierenden Großparteien ÖVP und SPÖ hatte sich nach 1945 bald eine gemeinsame „Kulturpolitikskultur“ herausgebildet, die nun ihren „Beitrag zur innenpolitischen Stabilität und dem Bild der nach 1945 neu entstandenen Republik leisten sollte“.<sup>7</sup> Anders als etwa im gesamtstaatlichen Rahmen, wo der Konflikt um die unterschiedlichen Leitvorstellungen eines christlich-konservativen oder sozialdemokratischen Kulturbegriffs durchaus offen ausgetragen wurde, herrschte im Burgenland bei der Definition einer regionalen kulturellen Identität über die ideologischen Grenzen der Großparteien hinweg Einigkeit.<sup>8</sup> Welche Positionen bezog nun aber die KPÖ, nach 1945 im-

merhin (wenn auch mit respektablem Abstand) die dritte politische Kraft des Landes, auf diesem Gebiet?

## Die burgenländische KPÖ und Joseph Haydn

Wenngleich für die KPÖ die beiden bestimmenden Themen der unmittelbaren Nachkriegsmonate unzweifelhaft die Forderung nach der Bodenreform sowie die Entnazifizierungsfrage waren, spielten auch kulturpolitische Fragestellungen bereits eine Rolle. Institutionellen Ausdruck fand dies in der von kommunistischer Seite mit initiierten, jedoch dezidiert überparteilich konzipierten Gründung des *Vereins zur Förderung der kulturellen Beziehungen zur Sowjetunion*, des Vorgängers der *Österreichisch-Sowjetischen Gesellschaft*, am 28. September 1945.<sup>9</sup> Hier sollte ein gemeinsames Dach geschaffen werden, um im Verband mit der für das Burgenland zuständigen sowjetischen Militäradministration auch kulturelle Maßnahmen (Konzertreisen, Vorträge, kulturelle Austauschprogramme etc.) voranzutreiben. Verstärkt ins Zentrum der eigenen kulturpolitischen Agenda der KPÖ rückte jedoch bald die Auseinandersetzung mit dem kulturellen „Erbe“ des wiedererstandenen Burgenlandes, wofür sich aus naheliegenden Gründen die beiden großen Komponisten Haydn und Liszt besonders eigneten. Schon in der dritten Ausgabe der (beginnend mit November 1945) wöchentlich erscheinenden Parteizeitung *Freies Burgenland* findet sich ein programmatischer Artikel zu Haydn (und implizit auch zu Liszt), der eine integrale Einheit zwischen dem Burgenland als geographisch-topographischem Raum und seinen Künstlerpersönlichkeiten postuliert: „In dieser Landschaft scheinen die Harmonien jener großen Tondichter mitzuschwingen, die in diesem Raum wirkten. Einer der größten der Welt und unseres Oesterreichs, mit dessen Leben und Wirken dieses Stückchen Erde untrennbar verbunden bleibt, ist Josef Haydn.“<sup>10</sup> Auch die KPÖ knüpfte hier vermittels Haydns an die Zeit vor 1938 an – jedoch ging es ihr dabei weniger um die „nationale“ Positionierung des Burgenlandes gegenüber Ungarn (als eine Art „deutscher Vorposten“ oder, in der propagandistischen Formulierung der burgen-

ländischen Nationalsozialisten, als „Grenzmark im Osten“<sup>11</sup>), vielmehr um die Stützung der kommunistischen Position eines eigenständigen, unabhängigen und freien Staates Österreich.

Diese Differenz in den „großen“ politischen Zielsetzungen und Bewertungen, nicht zuletzt auch im Hinblick auf den allgemeinen weltanschaulichen Hintergrund unterscheidet die Position der KPÖ auf dem Gebiet der Kulturpolitik auch von den anderen Parteien, so dass sich der scheinbare Gleichklang der Themenwahl und -bearbeitung nach dem ersten Blick bald wieder verflüchtigt: Haydn spielte zwar für die burgenländische ÖVP und SPÖ eine ebenso wichtige Rolle, jedoch im oben beschriebenen Sinne der Stiftung einer ideologisch aufgeladenen nationalen Identität. Dem aufmerksamen Leser wird dies auch 1945 nicht entgangen sein, hatte doch die KPÖ nicht nur immer auf die Internationalität des Phänomens Haydns aufmerksam gemacht, sondern gleichzeitig auch die daraus zu ziehenden tagespolitischen Konsequenzen eingemahnt. Zum selben Zeitpunkt, als die SPÖ gerade ihre Kampagne zur Rückgewinnung der 1921 bei Ungarn verbliebenen „natürlichen“ Hauptstadt des Burgenlandes, Sopron/Ödenburg, startete, verband die KPÖ mit der Person Haydns, des „österreichischsten von allen österreichischen Komponisten“<sup>12</sup>,

ihre (natürlich ebenso politisch konnotierte) Forderung nach Völkerfrieden und Völkerverständigung. So kann im bereits zitierten Artikel aus dem *Freien Burgenland* zunächst formuliert werden: „Alle Völker des vielsprachigen Staates [gemeint ist die Habsburgermonarchie, M.K.] haben seine musikalische Phantasie genährt. [...] In seinem Lager ist Oesterreich, das Oesterreich mit Ungarn und den slawischen Stämmen.“ – Woraus schließlich die Folgerung gezogen wird: „Heute bedarf Haydn unser nicht mehr, aber wir bedürfen seiner. Oesterreich hat der Welt auf dem Gebiete der Musik jene internationale Sprache gegeben, die den Menschen Verständigung und Völkerfrieden sichern könnte.“<sup>13</sup> Während nun die Person von Franz Liszt immer mehr in den Hintergrund rückte und selbst die Neuausstattung seines Geburtshauses im

südburgenländischen Raiding 1951 im Wesentlichen nichts daran zu ändern vermochte, blieb Haydn auch in den folgenden Jahren kontinuierlich im Mittelpunkt des kommunistischen Interesses.<sup>14</sup>

### Die KPÖ und die Haydn-Festspiele 1947/48

In diesem Sinne befürwortete die KPÖ nicht nur die von der *Burgenländischen Festspielgemeinde* organisierten Haydn-



Joseph Haydn (1732–1809)

Festspiele der Jahre 1947 und 1948, sondern unterstützte sie selbst tatkräftig durch Ankündigungen, Anregungen und eine breite Rezeption im *Freien Burgenland*. Bereits kurz nach Bekanntwerden der Idee, die Festspiele als fixen Programmpunkt im kulturellen Kalender des Burgenlandes und Eisenstadts anzusiedeln, ergriff die KPÖ Partei für eine definitive Entschließung und verlieh ihrer Hoffnung Ausdruck, dass die bereits in der Vergangenheit in ähnliche Richtung zielenden Pläne<sup>15</sup> „im neuen Oesterreich Wirklichkeit werden“.<sup>16</sup> Es sollte diesmal tatsächlich so weit sein: Im Mai 1947 fanden erste Konzerte und Aufführungen im Rahmen einer so genannten Haydn-Woche in Eisenstadt statt, die gewissermaßen den Auftakt für die eigentlichen Festspiele im September bilden sollten. Das Repertoire war insgesamt ambitioniert (unter ande-

rem mit einer feierlichen Aufführung des Haydn-Oratoriums „Die Schöpfung“ am 31. Mai, dem Todestag des Komponisten, im Haydn-Saal des Schlosses Esterházy bzw. als exaktes Gegenstück mit der Aufführung des Oratoriums „Die Jahreszeiten“ im September), die Besetzung durchaus hochkarätig: neben dem *Singverein der Gesellschaft der Musikfreunde in Wien* residierten etwa auch der Wiener Staatsopernchor oder die Wiener Symphoniker bei diesen durchaus universell konzipierten und nicht nur auf Haydn allein zugeschnittenen Festspielen in Eisenstadt.<sup>17</sup> Winkler folgert daraus keineswegs überzogen, dass die Festspiele 1947/48 als Veranstaltungsserie auch „auf den Programmkalendern der großen Wiener Konzertbühnen wie Musikverein oder Konzerthaus durchaus gute Figur gemacht“ hätte.<sup>18</sup>

Die KPÖ sah sich jedenfalls in ihrer Auffassung bestätigt, in den Haydn-Festspielen das zentrale Kulturereignis des Burgenlandes zu sehen, was die ohnehin spärliche Forschungsliteratur zum Thema nur „mit Verblüffung“<sup>19</sup> zur Kenntnis nehmen konnte. Bedenkt man allerdings, dass es sich hierbei für die Partei keineswegs um die Abhaltung einer elitären Großveranstaltung der „bürgerlichen Hochkultur“ handelte, wie teils insinuiert wird<sup>20</sup>, sondern im Gegenteil um eine Festivität, die in gewisser Hinsicht aus der Mitte der burgenländischen Bevölkerung selbst

entspringen und von ihr getragen werden sollte, so lässt sich dies kaum stringent aufrecht erhalten. Diese Sicht hat ihren Ursprung nicht zuletzt in der Interpretation von Haydns Schaffen selbst, sei dieser doch „der erste Wecker eines musikalischen Verständnisses über unsere gebildeten Kreise hinaus“<sup>21</sup> gewesen. Damit erschien Haydn der KPÖ als „ein auf weiteste Kreise wirkender Verweltlicher der Tonkunst, trotzdem sein halbes Leben durch die Fürsten Esterházy [sic] fast ausschließlich für den Hofdienst in Beschlag genommen wurde“.<sup>22</sup> Dieser hier eingeführte Aspekt der Volkskultur wird, verbunden mit einem implizit humanistischen Bildungsideal und Bildungsauftrag bzw. einem unverhohlenen Seitenhieb auf die Herrschaftspraxis des „Esterházyischen Feenreichs“ (Goethe), in Folge auch gegen die Salzburger Festspiele in



Das Cranium Joseph Haydns.

die Diskussion eingebracht: Die Besucher aus Wien und nicht zuletzt dem Burgenland selbst würden in Eisenstadt „erstklassigen Kunstgenuß“ erfahren, ohne gleichzeitig die „Schattenseiten der Salzburger Festspiele“ erleben zu müssen.<sup>23</sup> Man müsse in Eisenstadt eben nicht „den monänen und luxuriösen Rummel der Festspielstadt Salzburg in Kauf nehmen, mit seiner Fremdenindustrie und den dazugehörigen Neppereien. Im Gegenteil: In der gemütlichen Atmosphäre der burgenländischen Landeshauptstadt fühlten sich die Gäste aus nah und fern [...] wie zu Hause“. In diesem Sinne wurde auch das Ende der Haydn-Festspiele nach 1948 von der KPÖ scharf kritisiert. Die Rede vom finanziellen Defizit sei eine reine Ausflucht, als entscheidend seien vielmehr zwei Aspekte (ein klassenspezifischer und ein staatspolitischer) anzusehen. Zum einen solle nämlich die „Musik Haydns, die er für alle schrieb“, wieder zum Privileg für eine bestimmte Bevölkerungsgruppe und nicht mehr im Sinne des Festspielgedankens „den breiten Schichten des burgenländischen Volkes“ zugänglich gemacht und näher gebracht werden. Zum anderen – und hier implementiert die KPÖ die Frage direkt im Zentrum des Kalten Krieges – seien die burgenländischen Festspiele als Konkurrenz zu Salzburg von oben abgewürgt worden: „Der momentane österreichische Regierungskurs der dauernden Verbeugung vor jeder amerikanischen Uniform hat die größte Angst davor, daß das Salzburger Fest-

spielmonopol gebrochen werden könnte, und noch dazu – um Gottes willen! – von einer Stadt östlich von Enns [sic]. Dann schon lieber überhaupt keine Kultur, sagen sich die Herrschaften.“<sup>24</sup>

Drei Jahre später griff die KPÖ diese Überlegungen anlässlich der bevorstehenden Überführung des Haydn-Craniums aus dem Archiv der *Gesellschaft der Musikfreunde* in Wien nach Eisenstadt wieder auf (die Tilgung dieser vom *Freien Burgenland* so apostrophierten „Kulturschande“ der Trennung des Schädels von den Gebeinen wurde bereits 1951 von der Parteizeitung vehement eingefordert<sup>25</sup>). Es bestehe nämlich „kein wirklicher Grund dafür, warum die Haydn-Festspiele, die seinerzeit mit so großem Erfolg

begonnen wurden, nicht wieder durchgeführt werden könnten. Es sei denn, es gäbe andere, politische Gründe, die für Leute ausschlaggebend sind, die nicht wollen, daß hier im Burgenland in kultureller Hinsicht auch etwas geschieht, die vielleicht in den Haydn-Festspielen eine ‚Konkurrenz‘ für Salzburg sehen.“<sup>26</sup>

### Volkskultur vs. bürgerliche „Hochkultur“

Eisenstadt gegen Salzburg, Volkskultur gegen bürgerliche „Hochkultur“ – damit ist der generelle Rahmen abgesteckt, innerhalb dessen sich die kulturpolitischen Leitvorstellungen der KPÖ in der zweiten Besatzungsdekade vollziehen sollten. Wenig erstaunlich ist es daher, dass auch die Organisation der Feierlichkeiten zur Überführung des Craniums, nach Winkler „nicht nur das zentrale Kulturereignis dieser Jahre [...], sondern vielleicht auch das herausragendste Ereignis dieser Periode überhaupt“,<sup>27</sup> äußerst kritisch kommentiert wurde. Den burgenländischen Verantwortlichen warf man vor, die Überführung unter Ausschluss der Bevölkerung konzipiert und dieser nur die Funktion eines schmückenden Beiwerks zugesprochen zu haben. Tatsächlich wurde das Cranium zwar in einem feierlichen Kondukt von Wien und über die heute als Kirschblütenregion bekannte Nordroute nach Eisenstadt überführt, allerdings sollten bei der Übergabe und feierlichen Vereinigung der Gebeine nur geladene Gäste Zutritt haben. Ein von der burgenländi-

schen Landesregierung gedruckter Wurfzettel an die Eisenstädter Bevölkerung mahnte darum auch „Disziplin“<sup>28</sup> ein. Einerseits solle und werde Eisenstadt und das ganze Land „dem Genius Joseph Haydns huldigen und durch die Teilnahme an den künstlerischen Veranstaltungen der Haydn-Woche [...] ihre Verbundenheit mit dem Werke des Großen dokumentieren“. Andererseits würde sich zu diesem Anlass eine Vielzahl auswärtiger Gäste einstellen, wobei es „erste Pflicht des Gastgebers“ sei, „den Gästen den Aufenthalt in unserer Stadt und in unserem Land möglichst angenehm zu machen“. Darum würden „von den Verantwortlichen für die Haydn-Woche, von der Gesellschaft der Musikfreunde Wien und von der burgenländischen Landesregierung für die Beisetzungszeremonien in der Bergkirche am 5. Juni 1954 [...], für den Festakt und die Übergabe der Urkunde im Haydn-Saal am 5. Juni 1954 [...] und für das feierliche Hochamt mit Haydns Nelson-Messe in der Bergkirche am 6. Juni 1954 [...] offizielle Einladungen ausgegeben, die allein zum Besuch dieser Veranstaltungen berechtigen und so einen würdigen Verlauf der Feierlichkeiten gewährleisten sollen.“ Die Eisenstädter selbst würden am 4. Juni „Gelegenheit haben, [...] in der Bergkirche an dem Sarg Haydns vorüberzudefilieren“, zudem am 5. Juni die Möglichkeit, „das Cranium Joseph Haydns [...] vor dem Schlosse [zu] empfangen und feierlich zu seiner letzten Ruhestätte in die Bergkirche [zu] geleiten“. Obige Veranstaltungen, zu denen die Allgemeinheit keinen Zutritt hatte, würden zudem „durch Lautsprecher“ übertragen. Geschlossen werden sollte mit dem nochmaligen Appell, die Stadt und das Burgenland angemessen zu repräsentieren: „Sorgt dafür, daß Eisenstadt seinen größten Sohn würdig empfängt. Beflaggt Eure Häuser und gebt durch Blumenschmuck der Stadt ein freundliches und festliches Aussehen. Die Haydn-Woche mit ihren zahlreichen Veranstaltungen gibt allen Eisenstädtern die Gelegenheit zu beweisen, daß Joseph Haydn und sein Werk in den Herzen der Menschen weiterlebt und daß nicht nur die vielen Haydn-Gedenkstätten, sondern auch die Liebe Aller zur Kunst Joseph Haydns, Eisenstadt zur Haydnstadt Österreichs macht.“

Die KPÖ sah hierin nichts weniger als eine Ausladung der eigenen Bevölkerung und damit verbunden die Orientierung an ein elitäres Kulturverständnis, was ihrer eigenen Auffassung von „Volkskultur“ diametral gegenüber stand. Nicht zuletzt wird hierin auch der Grund für das „Schei-

tern“ der Veranstaltung gesehen, da „die Veranstalter des Haydn-Festes offensichtlich nicht daran dachten, die Bevölkerung in weitem Maße an dem Fest teilnehmen zu lassen“. Es hätte aus Sicht der Partei „jetzt nicht unbedingt ein Festzug sein müssen“, jedoch „etwas, was volkstümlich gewesen wäre“. Ohne das gleichzeitig stattfindende Pfingsttreffen der Jugend wäre jedenfalls „überhaupt nichts ‚los‘ gewesen“. Gleichzeitig empfand es die KPÖ als schlichtweg skandalös, dass ausgerechnet ein Orchester aus Westdeutschland am Tag der Überführung das Festkonzert bestreiten sollte, worin man eine mehr oder weniger offene Anschlusspropaganda an Deutschland sah.<sup>29</sup> Kurzum: Die burgenländische Landesregierung hatte aus Sicht der Partei auf der ganzen Linie versagt. Im Falle Haydns beschränkten sich die burgenländischen Kommunisten noch hauptsächlich auf Zustimmung oder Kritik der von offizieller Seite geplanten bzw. umgesetzten Vorhaben – selbstständige Initiativen sind hier allein im Jahre 1948 festzustellen, als anlässlich des bevorstehenden 300-Jahre-Jubiläums der Stadterhebung Eisenstadts der für Kulturfragen zuständige kommunistische Stadtrat Eugen Schneider eigene Ideen einbrachte.<sup>30</sup> Da die KPÖ jedoch über einen ausgesprochen weiten Begriff von „Kultur“ verfügte und nach den Wahlen zum burgenländischen Landtag im November 1945 zudem nicht mehr in der Landesregierung vertreten war (zuvor stellte sie auf provisorischer Basis mit Otto Mödlagl einen Landeshauptmann-Stellvertreter sowie mit Vinzenz Böröcz den Landesrat für Ernährungsfragen), konzentrierte sie ihre kulturpolitische Agenda zunehmend auf die ihr verbliebenen Politikfelder, wo sie eine aktiv-gestaltende Rolle einnehmen konnte. Dies betraf insbesondere die Landeshauptstadt selbst, wo die Partei über eine starke Bastion verfügte und wo auf ihre maßgebliche Initiative hin die bis heute bestehenden Einrichtungen der sportiven Freizeitkultur (Lindenstadion, Schwimmbad bzw. die Öffnung des Eisenstädter Schlossparks für die Bevölkerung) geschaffen wurden.

#### Anmerkungen:

1/ Zu dieser mehr als abenteuerlichen Geschichte und ihren teils irrwitzigen Wendungen vgl. grundlegend: Plettenbacher, Otto E.: Die Odyssee des Haydn-Schädels. In: *Mitteilungen der Gustinus Ambrosi Gesellschaft*, Nr. 7. Wien 1990, S. 23–50 sowie jüngst: Krenn, Martin: Vom „Kleinod“ zur „Kulturschande“: Der Kampf um das Cranium Joseph Haydns. In: *Burgenländische Heimatblätter*. Sonderheft zum Haydn-

jahr 2009, 71. Jg. (2009), H. 1, S. 44–79.

2/ Winkler, Gerhard J.: Joseph Haydn – Das Burgenland – „Russenzeit“. In: *Russenzeit. Befreiung 1945 – Freiheit 1955. Begleitband zur Ausstellung.* (= Wissenschaftliche Arbeiten aus dem Burgenland, Bd. 113). Eisenstadt 2005, S. 104–110, hier S. 105.

3/ Vgl. *Burgenländische Freiheit*. Sozialdemokratisches Landesorgan, Jahrgänge 1946–1949.

4/ Zur Person und Programmatik Ludwig Lesers siehe auch einführend: Feymann, Walter: Das Deutschnationale im Denken Ludwig Lesers. In: Gürtler, Wolfgang/Winkler, Gerhard J. (Hg.): *Forscher – Gestalter – Vermittler. Festschrift Gerald Schlag.* (= Wissenschaftliche Arbeiten aus dem Burgenland, Bd. 105). Eisenstadt 2001, S. 87–106.

5/ Leser, Ludwig: Joseph Haydn – der Burgenländer. In: *Burgenländische Freiheit*, Nr. 13, 25.3.1932, S. 1–2, hier S. 2.

6/ Burgenländisches Landesarchiv (BLA), Landesregierungsarchiv, XII/4–157–1954, Ansprache des Landeskulturreferenten, Landesrat Bögl, am 5. Juni 1954 [Durchschlag der Landespressestelle].

7/ Streibel, Andreas: Überlegungen zur kulturellen Landesidentität des Burgenlandes nach 1945. In: *Burgenländische Heimatblätter*, 57. Jg. (1995), H. 1, S. 49–63, hier S. 49.

8/ Eine für andere Bereiche oftmals – mehr plakamierend denn analysierend – festgestellte „Stunde Null“ ist daher im Bereich der offiziellen Kulturpolitik des Landes Burgenland nicht zu konstatieren. Dieser Befund Streibels rekurriert explizit auf eine These Rüdiger Wischenbarts, der einen „kulturpolitischen Konsens“ der Großparteien (äquivalent zur Herausbildung der sozialpartnerschaftlichen Zusammenarbeit) für die Zeit nach 1945 annimmt (vgl. Wischenbart, Rüdiger: *Literarische Ansätze und Anknüpfungen 1945.* In: *Reflexionen zu 1945. Symposium im Rahmen der „Schlaininger Gespräche“ vom 18. bis 22. Sept. 1985 auf Burg Schlaining* aus Anlaß der Burgenländischen Sonder-Ausstellung „Burgenland 1945“. Red. v. Stefan Karner und Rudolf Kropf. (= Wissenschaftliche Arbeiten aus dem Burgenland, Bd. 74). Eisenstadt 1986, S. 359–375, hier insbes. S. 360). Da hierbei – in der Ausgestaltung dieses Konsenses – hauptsächlich Anleihen aus der Vergangenheit (der Zeit vor 1938 bzw. 1934) genommen wurden, erscheint es gerechtfertigt, mit Ernst Hanisch von einem „Rückbruch“, weniger von einem „Aufbruch“ oder „Umbruch“ zu sprechen (vgl. Hanisch, Ernst: *Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert.* (= Österreichische Geschichte 1890–1990, Bd. 9). Wien 1994, S. 397).

9/ Vgl. Verein zur Förderung der kulturellen Beziehungen zur Sowjetunion in Eisenstadt. In: *Freies Burgenland*, Nr. 1, 3.11.1945, S. 8.

10/ Josef Haydn und Eisenstadt. In: *Freies Burgenland*, Nr. 3, 16.11.1945, S. 7–8, hier S. 7.

11/ In diesem Sinne trug das Landesorgan der burgenländischen NSDAP nach 1938 auch den

Titel „Grenzmark Burgenland“ (nach der Auflösung des Burgenlandes umbenannt in „Grenzmark-Zeitung“).

12/ Der Burgenländer Liszt. In: *Freies Burgenland*, Nr. 17, 26.4.1946, S. 13.

13/ Josef Haydn und Eisenstadt (wie Anm. 10), S. 7 und 8.

14/ Noch im April hatte das *Freie Burgenland* Liszt einen halbseitigen Artikel gewidmet, der mit „Der Burgenländer Liszt“ betitelt ist. Dass Liszt etwas aus dem Fokus rückte, hängt mit der generellen Abnahme des öffentlichen Interesses an seiner Person zusammen. Das *Freie Burgenland* hatte im besagten Artikel jedoch noch geschrieben, dass trotz des ausgesprochen „ungarischen Charakters“ einiger Werke Liszts dieser „im innersten Kern seines Lebens Burgenländer geblieben war. Alle Wesenszüge eines Burgenländers finden sich bei diesem Großen: Gottergebenheit, Lebensfreude, Strebsamkeit und Wanderlust sowie die tiefe Verehrung der Heimat. Obwohl er der ganzen Welt gehörte, haben wir Burgenländer besonderen Anspruch, diesen größten Pianisten seiner Zeit ‚unser‘ zu nennen.“ – Der Burgenländer Liszt (wie Anm. 12), S. 13.

15/ Bereits nach Eisenstadts Erklärung zur Landeshauptstadt des Burgenlandes wurden große Pläne für die Errichtung eines riesigen Kulturzentrums, das unter anderem auch Haydn-Festspiele beheimaten sollte, geschmiedet. Vgl. BLA, Landesregierungsarchiv, LAD–19/1930.

16/ Haydn-Woche in Eisenstadt. In: *Freies Burgenland*, Nr. 19, 9.5.1947, S. 4.

17/ Den Schwerpunkt der Programmausrichtung bildete ein klassisch-romantisches Repertoire, in dem allerdings die burgenländischen Komponisten (neben Haydn auch Liszt) einen besonderen Platz einnehmen sollten. Vgl. Burgenländische Festspielgemeinde: *Haydn-Festspiele in Eisenstadt. Programm. Eisenstadt 1947* sowie Winkler: *Joseph Haydn – Das Burgenland – „Russenzeit“* (wie Anm. 2), S. 105f.

18/ Winkler: *Joseph Haydn – Das Burgenland – „Russenzeit“* (wie Anm. 2), S. 106.

19/ Ebd., S. 107.

20/ Ebd.

21/ Josef Haydn und Eisenstadt (Anm. 10), S. 8.

22/ Ebd.

23/ „Kulturgerede aber... 30-Jahr-Feiern ohne Haydn-Festspiele. In: *Freies Burgenland*, Nr. 27, 8.7.1951, S. 4.

24/ Ebd.

25/ Vgl. ebd.

26/ Soll Haydns Andenken geschändet werden? In: *Freies Burgenland*, Nr. 15, 11.4.1954, S. 1.

27/ Winkler: *Joseph Haydn – Das Burgenland – „Russenzeit“* (wie Anm. 2), S. 108.

28/ BLA, Landesregierungsarchiv, XII/1–26–55, Wurfzettel: „An die Bevölkerung Eisenstadts“ [o.D.].

29/ Haydn-Festspiele – eine Verpflichtung. In: *Freies Burgenland*, Nr. 24, 13.6.1954, S. 3.

30/ Vgl. *Freies Burgenland*, Jahrgang 1948.

# Zum 120. Geburtstag von Anna Grün (1889–1962)

IRMA SCHWAGER

Viel zu wenig bekannt sind Leben und Kampf der vielen mutigen Frauen, die Pionierinnen der ArbeiterInnen- und Frauenbewegung waren. Sie haben oft wesentlich dazu beigetragen, den Widerstand der Mächtigen zu brechen und sozialen Fortschritt durchzusetzen.

Eine von ihnen war Anna Grün. Ihr ganzes Leben ist ein Spiegelbild der Kämpfe, die die ArbeiterInnen- und Frauenbewegung im letzten Jahrhundert geführt haben. Die Kommunistin Anna Grün ist auch in schwierigen Zeiten von Faschismus und Krieg unter Einsatz ihres Lebens ihrer Überzeugung treu geblieben, dass man immer gegen Unmenschlichkeit und Unrecht aktiv kämpfen muss.

1889 in Deutschland geboren, gehört sie zuerst der sozialdemokratischen Jugend an. Als Sozialarbeiterin hat Anna mit Kindern und gefährdeten Menschen zu tun. Ihr beruflicher Weg beginnt als Volksschullehrerin und dann als Fürsorgerin.

Seit ihrer Jugend ist Anna in der Arbeiterbewegung tätig, zuerst in Hamburg und dann in Wien. 1918 beteiligt sie sich mit ihrem Mann Josef Grün an der Gründung der KP(D)Ö und gehört zu ihren leitenden Persönlichkeiten. Sie wird ins Pressekomitee, dann als Frauenleiterin in die Reichsvertretung, ab 1924 ins Zentralkomitee und Politbüro gewählt, zusammen mit drei weiteren Genossen, als es darum geht, die schädlichen Fraktionskämpfe zu überwinden. Bei den ersten Frauenkonferenzen zu Beginn der 1920er Jahre trägt sie neben Anna Strömer wesentlich zum Ringen um eine erfolgreiche Frauenpolitik bei. Ab 1925 arbeitet sie gemeinsam mit Malke Schorr im Vereinsvorstand der *Roten Hilfe*.

1926 geht Anna mit ihrem Mann nach Berlin, der dort für die Zeitschrift der Kommunistischen Internationale arbeitet. Sie hat einen wichtigen Posten als Sozialarbeiterin in der Berliner Polizeidirektion.

Nach der Machtübernahme der Nazis im Jahr 1933 emigriert sie in die Schweiz und dann nach Frankreich. Als Vertreterin Österreichs arbeitet sie in Paris in der internationalen Frauenbewegung. Nach der Besetzung Frankreichs durch die deutsche Wehrmacht engagiert sich Anna unter dem Namen „Madame Blanc“ in der französischen Resistance. Als Fürsorgerin findet sie Beschäftigung und Unterkunft im katholischen Kinderheim Saint Alban im Raum von Lyon. Ihre Aufgabe

ist vor allem, sich um die Kinder verhafteter und gefährdeter GenossInnen zu kümmern und sie in Privatquartieren und Klöstern unterzubringen. Sie holt und verteilt auch Flugblätter. Ihr Vorgesetzter Pater Remillieux hat enge Verbindung mit der Widerstandsbewegung. Im Früh-



Anna Grün (1889–1962)

jahr 1944 ist eines Tages die Gestapo im Kloster. Die meisten aus ihrer Gruppe waren bereits verhaftet, sie selbst hat ihren Arbeitsplatz deswegen verlassen. Aber aus Mitgefühl und Pflichtbewusstsein mit einem Kind, um das sie sich hätte kümmern sollen, kommt sie noch einmal zurück ins Pfarrhaus, wo die Gestapo bereits auf sie wartet.

„Sie sind Anna Grün. Machen sie keine G'schichten, kommen sie mit“, sagt der SS-Mann. So beginnt für Anna die qualvolle Zeit in verschiedenen Lagern und Gefängnissen. „Ich leugnete natürlich“, erzählt Anna, „und antwortete französisch. Da setzte es die erste Ohrfeige vor den Augen des erstarrten Kanzleipersonals. Dann trat der Mann auf die Freitreppe es Pfarrhauses, winkte einem Auto ... und ihm entstieg ein Riese von einem Mann, der Österreicher Tucek, wie wir später erfuhren... mit den Worten: Auf Sie haben wir lange gewartet versetzte er mir einen gezielten Schlag auf den Bauch, dass ich die Treppe herunterfiel.“ Im Hauptquartier der Lyoner Gestapo ging es weiter. „Mein Verhör ließ sich zunächst ziemlich gut an, solange ich dem Herrn Kommissar meinen Lebens-

lauf in die Maschine diktierte. Dann aber, als ich mich weigerte, Namen und Adressen der mir bekannten Österreicher anzugeben, zernte er mich ins Nebenzimmer, warf mich auf den Boden, öffnete einen Schrank und holte einen Ochsenziemer mit Bleikugeln heraus. Nach den ersten Hieben verging mir Hören und Sehen. Durch Begießen mit Wasser wurde ich wieder zu mir gebracht, und die Prozedur begann von neuem“. Keine Folter konnte Annas würdevolles und standhaftes Verhalten brechen. Mir wurde erzählt, dass sie zum SS-Schläger sagte: „Schämen Sie sich, ich könnte Ihre Mutter sein.“

Anna wurde schließlich ins Lager Drancy gebracht, von wo aus die Deportationen nach Auschwitz gingen. Ende 1944 erwartete man den Zug, der ins Vernichtungslager führen sollte. Da setzten französische Widerstandskämpfer alle Lokomotiven in Brand. Am nächsten Morgen wurde in sämtlichen Bahnhöfen gestreikt, und am dritten Tag flüchteten die letzten Deutschen.

Ich habe Anna Grün nach dem Zweiten Weltkrieg kennen- und schätzen gelernt. Für uns, damals noch jungen Frauen, war sie die von allen geachtete kampferfahrene Genossin, die uns mit Rat und Tat bis zu ihrem Tod am 9. Juni 1962 zur Seite stand.

Anna hat in der Zwischenkriegszeit in der internationalen Frauenbewegung in Paris an der Vorbereitung einer weltweiten überparteilichen Frauenorganisation mitgewirkt. Am ersten Dezember 1945, ganz kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, nahm sie am Gründungskongress der *Internationalen Demokratischen Frauenföderation* (IDFF) in Paris als österreichische Delegierte teil. Zu diesem Kongress kamen Delegierte aus 44 Staaten, Vertreterinnen von 81 Millionen Frauen. Die bekannte französische Wissenschaftlerin Eugenie Cotton (Schülerin von Marie Curie) wurde zur Präsidentin gewählt. In der Schlussitzung leisteten die Frauen einen Schwur, in dem es heißt:

„Im Namen von 81 Millionen Frauen schwören wir feierlich, die politischen, wirtschaftlichen, zivilen und sozialen Rechte der Frauen zu verteidigen, für die Schaffung solcher Bedingungen zu kämpfen, die für die harmonische und glückliche Entwicklung unserer Kinder und der kommenden Generationen unerlässlich sind, unermüdetlich dafür zu kämpfen, dass der Faschismus, in wel-

cher Form auch immer er auftreten möge, vernichtet wird und dass in allen Ländern der Welt eine wahrhaft demokratische Ordnung geschaffen wird, unermüdlich zu kämpfen, um der Welt einen dauerhaften Frieden zu sichern.“

Das sind Ziele, die heute noch aktuell sind. Im Laufe der Jahre ist die IDFF zu einer weltweiten Organisation geworden, die das „Internationale Jahr der Frau“ 1975 und dann die Dekade der Frau unter dem Motto „Gleichberechtigung, Entwicklung, Frieden“ mit initiiert und so zur Stärkung des Frauenbewusstseins und der Frauenbewegung in der Welt beigetragen hat.

Nach ihrer Rückkehr aus Paris bemühte sich Anna Grün, auch in Österreich eine überparteiliche Frauenorganisation zu gründen. Namhafte Frauen aus der Widerstandsbewegung wie Grete Schütte, aus der Bertha Suttner-Friedensbewegung wie Frau von Gunesch und aus dem kulturellen Leben wie Lina Loos konnten für das erste Komitee des *Bundes Demokratischer Frauen Österreichs* gewonnen werden. Der BDFÖ hat in der Folge in den Bundesländern Gruppen organisiert. Als 1948 beschlossen wurde, der IDFF beizutreten, haben verschiedene dieser Persönlichkeiten den BDFÖ verlassen, weil sie die IDFF als zu stark kommunistisch beeinflusst fanden.

Anna Grün arbeitete nach 1945 als Polizeifürsorgerin und widmete sich besonders den Kindern und Jugendlichen. Sie wehrte sich gegen die Verwahrung der Jugendlichen in Gefängnissen. „Die Kinder, die praktisch im Leben versagt haben, darf man vom Leben nicht abschneiden, man muss sie lehren, richtig zu leben.“ Anna war auch die Initiatorin der Kinderübernahmestelle der Wiener Polizei, die dafür sorgte, dass Kinder von Häftlingen nicht unversorgt blieben. Leider wird bei den Jubiläen darauf „vergessen“ die Frau zu erwähnen, die sie ins Leben gerufen hat. Nach Abschluss des Staatsvertrags 1955 wurde Anna Grün diese Funktion entzogen.

Auch im BDFÖ setzte sie sich hartnäckig für die Schaffung von Sozialberatungsstellen ein. Anna Grün war bis zu ihrem Tod 1962 hochgeschätzte Lehrerin, Genossin und Freundin für viele Menschen auch außerhalb der KPÖ und der Frauenbewegung. Der Pfarrer von Saint Alban sagte, als er sie verabschiedete: „... Sie hießen illegal auch Madame Blanc, jetzt heißen Sie wieder anders. Ich werde Sie Madame Rouge nennen, das scheint mir die einzige Farbe, die sie nie gewechselt haben.“

## Gedenkveranstaltung für Universitätsprofessor Dr. Thomas Schönfeld

Am 14. Mai 2009 fand an der Fakultät für Chemie der Universität Wien eine Gedenkveranstaltung für den am 22. Mai 2008 verstorbenen Universitätsprofessor Dr. Thomas Schönfeld statt.

Thomas Schönfeld (geb. am 27. Juni 1923 in Wien) musste 1938 mit seiner Familie über Großbritannien in die USA emigrieren, wo er das Studium der Chemie begann. Im September 1946 ging er als Angestellter der US-Militärregierung nach Deutschland, von wo er 1947 nach Wien zurückkam. Schönfeld dissertierte



an der Universität Wien bei Univ.-Doz. Dr. Engelbert Broda, der sein Mentor und lebenslanger Freund war. 1963 habilitierte er sich am Institut für Anorganische Chemie, 1972 erfolgte seine Berufung zum Ordinarius am Institut für Anorganische Chemie der Universität Wien. 1993 trat er in den Ruhestand.

Im Mittelpunkt der Gedenkfeier stand die Tätigkeit von Dr. Thomas Schönfeld als bedeutender österreichischer Wissenschaftler auf dem Gebiet der Radiochemie, wie Dekan Univ.-Prof. DDR. Bernhard Keppler in seiner Begrüßung betonte.

Univ.-Prof. Dr. Kurt Komarek (ehemaliger Präsident der Akademie der Wissenschaften), ein langjähriger Kollege Schönfelds am chemischen Institut, bezeichnete es als „Privileg, sein Kollege gewesen zu sein“. Er würdigte insbesondere Schönfelds Engagement in der Friedensbewegung und seinen Einsatz für die Ächtung der Atomwaffen.

Ministerialrat Dr. Franz Vojir vom Bundesministerium für Gesundheit, der bei Thomas Schönfeld dissertierte, schilderte dessen Tätigkeit als Professor und Lehrer, der sich unermüdlich für die Studierenden einsetzte und strich insbesondere seine Leistungen bei der grundlegenden Reform des chemischen Grundpraktikums, einer Pflichtlehrveranstaltung im Chemiestudium, hervor. Univ.-Prof. Dr. Gabriele Wallner, die ih-

re universitäre Laufbahn als Assistentin bei Schönfeld begann, bezeichnete ihren ehemaligen Vorgesetzten als „Forscher mit Leib und Seele“, der gemeinsam mit Engelbert Broda herausragende Publikationen veröffentlichte, wie etwa das 1956 erschienene Buch „Die technischen Anwendungen der Radioaktivität“, das in sieben Sprachen veröffentlicht wurde. Weiters strich Wallner insbesondere die Rolle Schönfelds als Berater für das Forschungszentrum Seibersdorf auf dem Gebiet des Strahlenschutzes hervor. 1997 erhielt er für sein Lebenswerk den Erwin-Schrödinger-Preis der ÖAW, der jährlich für hervorragende Leistungen auf dem Gebiet der Naturwissenschaften vergeben wird.

Abschließend würdigte Pete Hämmerle die Tätigkeit Schönfelds im *Internationalen Versöhnungsbund*, der in den 1980er Jahren den KSZE-Prozess in Wien beobachtete und bei friedens- und sicherheitspolitischen Aspekten beriet. In den 1990er Jahren engagierte sich Thomas Schönfeld bei der Antipersonenminenkampagne und 2007 war er Mitglied im Vorbereitungskomitee für die Nichtverbreitung von Atomwaffen.

Moderiert wurde die Gedenkveranstaltung von Univ.-Prof. Dr. Herbert Ipsier, ebenfalls als Assistent von Thomas Schönfeld tätig, der die begleitende Diashow kommentierte.

Die politische Haltung von Thomas Schönfeld wurde hingegen nur am Rande angesprochen. Bereits im US-amerikanischen Exil war Thomas Schönfeld Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes, nach seiner Rückkehr nach Wien trat er 1947, gemeinsam mit seiner Frau Mia Schönfeld, der Kommunistischen Partei bei und blieb bis zu seinem Tod ein überzeugter und engagierter Kommunist. Eine führende Rolle spielte er über mehrere Jahrzehnte im *Österreichischen Friedensrat*.

2001 wurde Thomas Schönfeld Vorstandsmitglied der *Alfred Klahr-Gesellschaft* und wirkte tatkräftig an ihren Aktivitäten mit, u.a. indem er zu diversen friedenspolitischen Aspekten Vorträge hielt und Artikel für die *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft* verfasste.

**CLAUDIA KURETSIDIS-HAIDER**

Zu Thomas Schönfeld siehe:

Robert Rosner: Thomas Schönfeld 1923–2008 (Nachruf), in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 15. Jg., Nr. 3, September 2008.

Gerhard Oberkofler/Peter Goller: Der junge Thomas Schönfeld, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 15. Jg., Nr. 4, Dezember 2008.



## Alfred Klahr Gesellschaft

[www.klahrgesellschaft.at](http://www.klahrgesellschaft.at)

Bildungsverein der KPÖ Steiermark  
Lagergasse 98a, 8020 Graz  
<http://bildungsverein.kpoe-steiermark.at>



# Podiumsdiskussion und Symposium 1929 – 2009: Weltwirtschaftskrise damals und heute

16./17. Oktober 2009 in Graz, 31. Oktober 2009 in Wien

**Freitag, 16. Oktober 2009, 19.00**

AK Steiermark, Kleiner Saal, Strauchergasse 32, 8020 Graz

### Podiumsdiskussion:

Prof. Dr. **Georg Fülberth** (Politikwissenschaftler, Universität Marburg)  
**Ernest Kaltenecker** (Abg. zum Landtag, Klubobmann der KPÖ Steiermark)  
Mag. **Werner Kogler** (Abgeordneter der Grünen zum Nationalrat)  
Dr. **Franz Schellhorn** (Wirtschaftsredaktion *Die Presse*, angefragt)  
Mag. **Karl Snieder** (Wirtschaftsabteilung der AK Steiermark)  
Moderation: Dr. **Walther Leeb** (Präsident der *Alfred Klahr Gesellschaft*)



**Samstag, 17. Oktober 2009, 10.00 bis ca. 17.30**

KPÖ-Bildungszentrum im Volkshaus Graz, Lagergasse 98a, 8020 Graz

**Samstag, 31. Oktober 2009, 10.00 bis ca. 17.30**

Hörsaal A, Universitätscampus Altes AKH, Spitalgasse 2-4, Hof 2, 1090 Wien

### Symposium:

Begrüßung durch Dr. **Walther Leeb** (Alfred Klahr Gesellschaft) und **Franz Stephan Parteder** (Landesvorsitzender der KPÖ Steiermark)

Prof. Dr. **Georg Fülberth** (Universität Marburg): *1929 – 1975 – 2008: Drei Krisen und ihr Zusammenhang* (Graz, Video in Wien)

Univ.-Prof. Dr. **Gerhard Senft** (Wirtschaftsuniversität Wien): *Der Börsenkrach 1929 und seine Folgen in Österreich* (Wien)

Univ.-Doz. Dr. **Fritz Weber** (Universität Wien): *Wirtschaft – Krise – Diktatur. Österreich in der Weltwirtschaftskrise nach 1929* (Graz)

Mag. **Manfred Mugrauer** (Alfred Klahr Gesellschaft): *Die Wirtschaftskämpfe der KPÖ 1929–33*

Univ.-Prof. Dr. **Hans Hautmann** (Institut für Neuere und Zeitgeschichte der Universität Linz): *Die Marx'sche Krisentheorie und ihre Aktualität*

Mag. **Gerald Oberansmayr** (Werkstatt Frieden & Solidarität, Linz): *Triebkräfte, Profiteure und Opfer der Krise. Soziale und wirtschaftliche Entwicklung in Österreich und der EU vor und während der Krise*

**Franz St. Parteder** (KPÖ Steiermark): *Die Politik der KPÖ Steiermark vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise*

### Mitteilungen der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Herausgeber und Medieninhaber:

ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Präsident: Dr. Walther Leeb

Mitarbeiter dieser Ausgabe: Peter Goller, Hans Hautmann, Martin Krenn, Claudia Kuretsidis-Haider, Irma Schwager

Redaktion und Grafik: Manfred Mugrauer

Adresse: Drechslergasse 42, 1140 Wien

Tel.: (+43-1) 982 10 86

FAX: (+43-1) 982 10 86 DW 18

e-mail: [klahr.gesellschaft@aon.at](mailto:klahr.gesellschaft@aon.at)

Internet: [www.klahrgesellschaft.at](http://www.klahrgesellschaft.at)

Vertragsnummer: GZ 02 Z 030346 S

P.b.b., Verlagspostamt 1140 Wien

## Nachrufe

Die ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT betrauert das Ablegen zweier langjähriger Mitglieder:

**Hans Anthofer** ist am 16.4.2009 in Wien gestorben. Geboren am 28.11.1924, schloss er sich im Zweiten Weltkrieg in Jugoslawien den Partisanen an. Nach Kriegsende war das südliche Burgenland sein Lebensmittelpunkt. Er wirkte als Zeitzeuge an Schulen und setzte sich bis zuletzt unermüdlich gegen Faschismus und Neonazis, sowie gegen das Vergessen der Verbrechen der NS-Zeit ein.



**Berta Brichacek**, geboren am 12.10.1914, war zunächst Mitglied der SAJ und trat 1933 in die illegale KPÖ ein. In der englischen Emigration baute sie unter dem Decknamen Emmy Walter die *Freie Österreichische Jugend* auf und kämpfte für die Befreiung Österreichs vom deutschen Faschismus. Nach Kriegsende setzte sie ihre Arbeit in der FÖJ und KPÖ fort, u.a. in gewerkschaftlichen Positionen. Am 3.4.2009 ist Berta „Emmy“ Brichacek in Wien gestorben.

